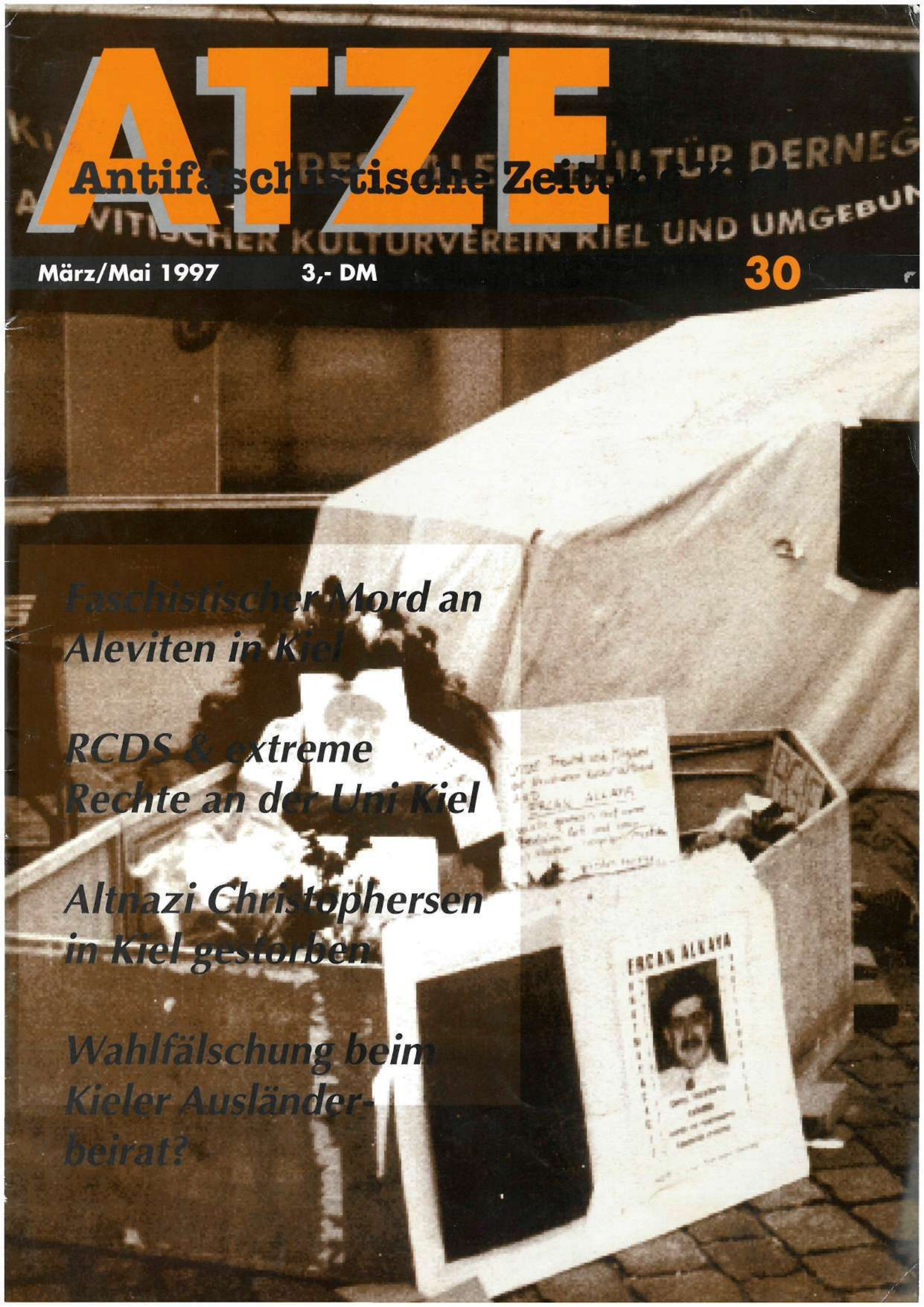


ATZE
Antifaschistische Zeitung Kiel
März/Mai 1997
3,- DM
30
Faschistischer Mord an Aleviten in Kiel
RCDS & extreme Rechte an der Uni Kiel
Altnazi Christophersen in Kiel gestorben
Wahlfälschung beim Kieler Ausländerbeirat?
ERCAN ALKAYA

ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel

Nr. 30, März/Mai 1997
Schweffelstraße 6,
24118 Kiel
Auflage 700

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder bei den AutorInnen.

Artikel können uns als Dateien in DOS-, Windows- und Macintoshformaten zugeschickt werden.

Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postbank Hamburg
BLZ: 200 100 20

Preis: 3 DM

Abo: 15,- DM für 1 Jahr/ 4 Ausgaben

Für den **Handverkauf** gelten besondere Bedingungen; bitte wendet Euch an unsere Adresse.

Inhalt

Vorwort 3

Aktuelles

Faschistischer Mord in Kiel 4
Altnazi Christophersen Tod 7
Die blutige Spur des *Weißen Arischen Widerstandes* 9

RCDS & extreme Rechte an der Kieler Uni

RCDS-Veranstaltungen im Wintersemester 96/97 10
Chronik: RCDS & die extreme Rechte 11
Burschenschaft Alemannia wieder aktiv 12
Gemeinsame Erklärung von Hochschulgruppen 13
Hochschulgilde fälscht Geschichte 15
Trauriger Volkstrauertag 16

Schleswig-Holstein & Bundesgebiet

Rechte Hetze in Anzeigenblatt 17
Rassistischer Brandanschlag in Kiel 18
Deutschland wie Dolgenbrodt 19
Prozeß gegen Safwan Eid in Lübeck 21
Schon gehört? 22
Meldungen 24

Antirassismus

Für das Bleiberecht der Flüchtlinge 26
Arbeitsverbot und Visumpflicht 27
Wahlfälschung beim Kieler Ausländerbeirat 28

Internationales

Frankreich: Soziale Frage von rechts?! 31
Hamburger Senat ehrt Pangermanisten 33
Unterstützt die Samstagsmütter 36
Briefbombenserie 37

Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

verschiedentlich sind wir in der letzten Zeit nach der neuen Ausgabe der ATZE gefragt worden. Sie liegt nun vor Euch; für die Verspätung bitten wir um Verständnis. Es freut uns natürlich, daß es Nachfrage nach der Zeitung gibt, zeigt dies doch erneut, daß die ATZE für viele ein wichtiges Arbeitsmittel geworden ist. Daß es dieses Mal etwas länger gedauert hat, ist übrigens kein Zeichen einer Krise. Gerade in diesen Tagen können wir drei neue MitstreiterInnen in der Redaktion begrüßen; darüber freuen wir uns auch insofern, als die ATZE in diesem Jahr ihr 10-jähriges Bestehen begeht - und das auch entsprechend feiern möchte. Am 30. April ist es soweit: im Rahmen eines Pressefestes linker Kieler Zeitungsprojekte feiern wir auch das Jubiläum. Die Party in der Hansastraße 48 wird dann auch Gelegenheit bieten, etwas über die künftige Erscheinungsweise der ATZE zu erfahren...

In dieser Ausgabe findet Ihr zunächst aus aktuellem Anlaß einen Artikel über türkische Faschisten, nachdem ein *Grauer Wolf* vor kurzem in Kiel-Gaarden einen Demokraten alevitischer Glaubensrichtung auf offener Straße ermordet hat. Die Unterstützung für nationalistische oder gar faschistische Positionen innerhalb der türkischen Wohnbevölkerung hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Wie demgegenüber demokratische und linke Positionen gestärkt werden können, sollte jetzt Gegenstand von Diskussionen von AntifaschistInnen verschiedener Nationalität sein.

Endgültig erledigt hat sich hingegen in diesen Tagen die Aktivität des Altnazis und Auschwitzleugners Thies Christophersen; er verstarb Mitte Februar in Kiel, wohin er kurz vorher trotz eines Haftbefehls gekommen war. Angesichts des nahen Todes verzichtete die Staatsanwaltschaft auf eine Inhaftierung; politisch war Christophersen ohnehin nicht mehr tätig, seitdem ihn deutsche und dänische AntifaschistInnen aus seinem Exil im dänischen Kollund vertrieben hatten. Bleibt abzuwarten, ob sein Grab zur Pilgerstätte Ewiggestriger wird.

Themenschwerpunkt dieses Heftes sind die Auseinandersetzungen um den extrem rechten Kurs des Kieler RCDS. Dieser hat in den letzten Jahren manche personelle und politische Verbindung zur extremen Rechten, insbesondere zur *Deutschen Hochschulgilde* und zum *Freibund - Bund Heimattreuer Jugend* aufzuweisen. Gegen antifaschistische Kritik und Aktionen fährt der CDU-Nachwuchs nicht nur platte Hetzflugblätter, sondern in jüngster Zeit auch einen eigenen Saalschutz auf. Die Zuspitzung der Auseinandersetzung hat im wesentlichen in der fortgesetzten Praxis des Kieler RCDS, immer wieder Redner aus einschlägigen Kreisen zu Vorträgen einzuladen, seine Ursache. Von besonderer und positiver Bedeutung für den aktuellen Stand der Auseinandersetzung ist gegenwärtig zweierlei: die Kritik an den Verstrickungen des RCDS mit der extremen Rechten wird inzwischen nicht mehr allein von der Hochschul-Antifa, sondern von einer Vielzahl weiterer Hochschulgruppen aktiv geteilt. Und nicht zu unterschätzen ist auch, daß jüngst erstmals eine hochrangige SPD-Landespolitikerin die Kritik am RCDS aufgegriffen hat. Daß in einer nachfolgenden CDU-Presseerklärung dazu Gift und Galle gespuckt wurde, zeigt wie wichtig diese Flanke des politischen Kampfes gegen den RCDS ist. Auch für die Fortsetzung im beginnenden Sommersemester gilt die Solidarität und Unterstützung der Hochschulantifa.

Zwei weitere Ereignisse haben in jüngster Zeit erneut die Bedeutung eigenständiger Antifa-Recherche und -Zeitungen deutlich gemacht: die große, von der CSU politisch abgesicherte Demonstration von FaschistInnen gegen die Wehrmachtsausstellung in München am 1. März und der zunehmende Waffeneinsatz der Nazis am Fall von Kai Diesner machen deutlich, daß es keinen Grund gibt, in der antifaschistischen Wachsamkeit nachzulassen.

die **ATZE**-Redaktion

**DIE ZEIT IST NICHT GEKOMMEN,
NIEMAND DARF DIE FAHNEN FALTEN.
WAS WIR HÖREN, IST DAS HEULEN DER SCHAKALE.
SCHLIESST EUCH FEST ZUSAMMEN, KINDER,
DIESER KAMPF IST GEGEN FASCHISMUS,
DIESER KAMPF IST FÜR DIE FREIHEIT**

NAZIM HIKMET

Türkische Faschisten haben Ercan Alkaya ermordet

Türkische Faschisten greifen auch in Kiel fortschrittliche, politisch aktive und demokratische Vereinigungen und Menschen an. Kiel ist seit langem eines der Hochburgen der türkischen Faschisten in Deutschland. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Ermordung des progressiven und an politischen Ereignissen interessierten Ercan Alkaya durch einen in Kiel bekannten faschistischen Drogendealer und Frauenhändler. ERCAN war Mitglied des Kieler Alevitischen Kulturvereins und leitete dessen Fußballmannschaft. ERCAN hatte auch ständigen Kontakt zu türkischen und kurdischen Linken.

Am Montag, den 03.02.97, wurde er auf offener Straße erschossen. Der geständige Täter, FEHMI K. gilt unter türkischen und kurdischen Linken als stadtbekannter „Grauer Wolf". Er und andere Grauen Wölfe haben in der Vergangenheit mehrmals Kurden, demokratische Türken und Aleviten bedroht und angegriffen. In Deutschland (auch in Kiel) können sich „Graue Wölfe" nahezu unbehindert unter dem Deckmantel diverser Kultur-, Sport- und auch Elternvereine organisieren und bekommen mitunter sogar staatliche Förderung..

Die Moscheen spielen eine besondere Rolle bei der Einflußnahme auf türkische und kurdische ImmigrantInnen, da im Rahmen der Predigt faschistische Ideologien verbreitet werden. Die Moscheelehrer sind besonders ausgebildete Staatsbeamte, deren Ziel es ist, die fundamentalistische, rassistische und faschistische Politik des türkischen Staates unter den ImmigrantInnen zu verbreiten. Die Moscheelehrer sind verpflichtet, ständigen Kontakt zur türkischen Botschaft zu halten und über die politische Einstellung der ImmigrantInnen zu berichten. Zwischenzeitlich ist in der BRD ein breites Netz von Moscheen entstanden.

FEHMI K. war mit seinem Opfer, ERCAN ALKAYA, in einem Cafe in einem heftigen Streit verwickelt, der später auf der Straße fortgesetzt wurde, wo FEHMI K. auf ALKAYA gewartet hatte. Über den inhaltlichen Verlauf des Streits gibt es keine gesicherten Angaben, da unter den zahlreichen Augenzeugen keiner Türkisch verstand. Die meisten Freunde von ERCAN sagen, daß der Streit wegen des Zigarettenkonsums von ERCAN während des Ramadans, der für Aleviten nicht gilt, entstanden ist. Im Verlauf der Auseinandersetzung hat dann FEHMI K. eine Waffe gezogen und den 28Jährigen ALKAYA erschossen. Das Opfer hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

Die örtliche Monopolpresse versuchte, die Hintergründe für die Tat zu verschweigen. Über den politische Hintergrund der Mordtat gibt es aber keinen Zweifel. Die verschiedensten türkischen und kurdischen linken Gruppen sowie Unorganisierte kennen den



Täter seit langem als ein stadtbekanntes Mitglied der Grauen Wölfe. Anfänglich versuchte die Presse die politisch motivierte Tat als Privatstreit hinzustellen. Die Hintergründe des Streites haben aber eindeutig ein politisches Motiv, wodurch logischerweise die Hervorhebung des privaten Charakters für Antifaschisten eine verstümmelte Darstellung der politischen Situation in Kiel darstellt.

So ist die Zahl der Mitglieder der „Grauen Wölfe in Kiel ständig gestiegen. Die Situation der ImmigrantInnen hat sich In den letzten Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert.

Ausländische Jugendliche können durch den Einfluß von zwei verschiedenen Kulturen unter einer Identitätskrise leiden, die von faschistischen Gruppierungen wie den Grauen Wölfen für ihre eigenen Ziele ausgenutzt wird. Ausländische Jugendliche sind durch die gesellschaftlichen Bedingungen in Deutschland in jeder Hinsicht viel stärker als deutsche Jugendliche belastet und benachteiligt. Die Integration und Sozialisation in die Gesellschaft ist für sie ein ständig immer schwieriger werdender Prozeß, der sie oft überfordert. Es muß jedem klar sein, daß jede Gewalttat auf der Straße etwas mit den gesellschaftlichen Bedingungen in Deutschland zu tun hat.

Ab Montagabend organisierte der Alevitische Kulturverein am Tatort mit der Unterstützung von AGIF-Kiel (Föderation der ArbeitsimmigratInnen aus der Türkei in Deutschland e.V.) und später auch mit anderen türkischen und kurdischen ImmigrantInnenvereinen, wie z.B. der Deutsch-Kurdischen-Gesellschaft, eine Mahnwache, die bis Samstag fortgesetzt wurde. Am Samstag fand dann um 13 Uhr eine Demonstration statt, zu der ca. 3.000 Menschen kamen.

Graue Wölfe haben schon in der Vergangenheit in türkischen Städten wie Maras, Corum, Sivas und Gazi zahlreiche Menschen ermordet. Vor einigen Jahren wurden in Sivas Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler lebendig verbrannt. 1994 wurden in dem Istanbul Stadtteil Gazi Kaffeehäuser angegriffen. Hauptziel dieser Angriffe (praktiziert von den Grauen Wölfen) sind fortschrittliche Büros, demokratische Vereine, Gewerkschaften, Schüler- und Studentenvereinigungen und private Wohnungen.

Durch ein „einfachen" Verkehrsunfall in der Türkei am 3. November 1996 wurden Verbindungen zwischen der türkischen Regierung, der Mafia und der faschistischen MHP (Graue Wölfe) aufgedeckt. Durch diesen Unfall wurde der Öffentlichkeit klar, daß faschistische Organisationen vom türkischen Staat unterstützt, finanziert und beschützt werden Der türkische Staat ist ein Mafiastaat, der schon seit langem mit international bekannten Mafiagrößen und faschistischen Mördern wie CATLI, AGCA und ORAL CELIK zusammenarbeitet.

Die unzähligen Massaker gegen das kurdische Volk, die Bombardierung und Räumung kurdischer Dörfer, die Ermordung unschuldiger Zivilisten und zahlreicher Kleinkinder, die Übergriffe und Massaker gegen Aleviten, die innerhalb des Islams eine westlich orientierte und fortschrittliche Richtung vertreten, die ständige Unterdrückung und Zwangsmilitarisierung alevitischer Dörfer, das Verschwindenlassen von Oppositionellen gehört nunmehr zum Alltag der Menschen in der Türkei. Der türkische Staat ist ein faschistisches System zur Unterdrückung von Oppositionellen, Kurden, Linken, Intellektuellen und Andersdenkenden. Die politischen Gegensätze in der Türkei werden durch einen erbitterten Krieg in allen Bereichen des täglichen Lebens ausgetragen. Die Beziehungen zwischen der BRD und dem türkischen Staat spielen sowohl bei den faschistischen Übergriffen in Deutschland, als auch bei dem er-

Die Moscheen spielen eine besondere Rolle bei der Einflußnahme auf türkische und kurdische ImmigrantInnen, da im Rahmen der Predigt faschistische Ideologien verbreitet werden.

bitterten Krieg in der Türkei eine große Rolle.

Auch hier in Europa wird die MHP von der Türkei finanziell und logistisch unterstützt, die türkischen Konsulate koordinieren die Aktivitäten der Faschisten. Der Mord an SEYFETTIN KALAN in Neumünster darf nicht vergessen werden; nun wurde hier in Kiel ERCAN ALKAYA ermordet. SEYFETTIN war Kurde und Sunnit, ERCAN war Türke und Alevit, Mörder sind aber in beiden Fällen vom türkischen Staat unterstützte kriminelle Faschisten. Dies zeigt, daß der faschistische türkische Staat keine Unterschiede zwischen seinen Gegnern macht, ob Kurde oder Türke, ob Alevit oder Sunnit, alle die gegen die Interessen des türkischen Staates handeln, sind potentielle Opfer von faschistischen Übergriffen.



Auch in Europa werden MHP-Mitglieder und Graue Wölfe vom türkischen Staat unterstützt; durch diesen Rückhalt haben sie die Möglichkeit, in den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppierungen ihren Einfluß geltend zu machen. So erhalten viele Faschisten, wie CATLI Diplomatenpässe oder grüne Pässe, mit denen sie sich frei bewegen können; sie werden durch geheime Gelder des türkischen Staates finanziert. Diese organisatorische und finanzielle Unterstützung ermöglicht ihre Übergriffe gegen fortschrittliche, politisch aktive und demokratische Kräfte.

GRAUE WÖLFE SAMMELN SPENDEN

Türkische rechtsradikale und islamische Organisationen sammeln für den Mörder Fehmi Kaki Spenden; bisher sind über DM 60.000.- zusammengekommen. Diese Sammlung ist ein weiteres Zeichen dafür, daß die türkischen Faschisten diesen Mord und den Täter unterstützen.

Übergriffe von Faschisten auf fortschrittliche Türken und Kurden finden auch in Kiel immer häufiger statt, die Gewaltbereitschaft gegen Andersdenkende, insbesondere innerhalb des rechten türkischen Drogenmilieus, nimmt zu. Die Ermordung von ERCAN ALKAYA ist der vorläufige Höhepunkt dieser seit langem andauernden Übergriffe. Ziel dieser Übergriffe ist es, alle fortschrittlichen und demokratischen Menschen, die sich gegen Rassismus, Reaktion, Faschismus und den islamischen Fanatismus wehren, einzuschüchtern und zu desorganisieren.

Die Übergriffe müssen ein Ende haben. Deshalb müssen deutsche, kurdische, türkische, überhaupt alle Antifaschisten, gemeinsam gegen Übergriffe von Faschisten vorgehen und sich gemeinsam organisieren. Die gemeinsamen Gegner für alle politisch aktiven Linken sind der Faschismus und die Reaktion.

Wenn wir solche Morde verhindern wollen, wenn nicht weitere Freunde und Bekannte durch faschistische Übergriffe sterben sollen, wenn wir nicht neue Opfer beklagen wollen, wenn wir nicht noch mehr ERCANS beklagen wollen, müssen sich alle antifaschistischen Kräfte vereinen und gegen faschistischen Gruppierungen gemeinsam vorgehen.

WIR WERDEN ERCAN ALKAYA NICHT VERGESSEN!
GEGEN DEN INTERNATIONALEN FASCHISMUS KÖNNEN WIR NUR GEMEINSAM ERFOLGREICH SEIN
ERCAN ALKAYA WIRD IN UNSEREM KAMPF WEITERLEBEN!
DER MÖRDER VON ERCAN UND SEYFETTIN IST DER MAFIASTAAT TÜRKEI!
GEMEINSAM GEGEN FASCHISMUS!

AGIF (Föderation der ArbeitsImmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland e.V.-Kiel)
Kontaktadresse: Internationaler Solidaritätsverein
Heintzestraße 15 (Hinterhof) - 24143 Kiel

ALTNAZI THIES CHRISTOPHERSEN TOT

Der notorische Holocaust-Leugner Thies Christophersen (geboren 27.1.1918 in Kiel) verstarb am 13. Februar im Kreis der Familie in Molfsee bei Kiel, wo er sich kurz vor seinem Tod (Nierenkrebs) noch um einen Platz im dortigen Alten- und Pflegeheim bemüht hatte. Seit 1986 suchten ihn die deutschen Behörden per Haftbefehl, dem sich der mehrfach vorbestrafte Auschwitzleugner durch Flucht ins dänische Kollund entzogen hatte.

Als antifaschistische Aktivitäten ihn Ende 1994 aus dem nahe der Grenze zur Bundesrepublik gelegenen Ort vertrieben, lebte er nur noch aus dem Koffer. Der Herausgeber der antisemitischen und die NS-Zeit verherrlichenden Zeitschrift *Die Bauernschaft* wandte sich 1995 zunächst an den dänischen SS-Freiwilligen Ole Petersen (Grundbjerg/Fünen). Von dort nahm er Abschieed von Dänemark, nachdem sein Aufenthaktsort ereneut bekannt geworden war. Aus Kauf und Bezug einer neuen Wohnung in Dänemark wurde nichts.

Seine anschließende Odyssee durch nationalsozialistische Stuben in Europa ließ ihn Abstecher nach Großbritannien, Beglien, Spanien und in die Schweiz machen. Dort erfolgte 1996 seine Ausweisung; zurück ging es nach Spanien. Zwischendurch weilte Christophersen immer wieder in der Bundesrepublik - die Behörden handhabten den Haftbefehl recht lax. 1995 vermachte er die *Bauernschaft* dem in Kanada ansässigen Nazi Ernst Zündel, der sie jedoch wenig später einstellte.

Möglicherweise als Erfüllung des letzten Willens des Altnazis planten die Angehörigen für den 20. Februar eine große Trauerfeier in Flensburg. Als bekannt wurde, daß die Kapelle am Friedenshügel-Friedhof - eine kommunale Grabstätte - eine Bestuhlung für über 300 Personen sowie eine Lautsprecheranlage erhalten sollte, untersagte die Stadtverwaltung dies. Eine dagegen gerichtete Klage der Angehörigen vor dem Verwaltungsgericht wurde abgewiesen. Daraufhin entschloß sich der Christophersen-Clan, die geplante Einäscherung samt Trauerfeier im Krematorium auf dem Friedhof Kiel-Eichhof vorzunehmen. Kurzfristig erhielt man dort eine Erlaubnis für eine Trauerfeier - für eine Einäscherung fehlten einige Papiere. Die Räumlichkeiten wurden der Familie Christophersen zur Verfügung gestellt, nachdem diese versichert hatte, nur der Familienkreis werde an der Trauerfeier teilnehmen.

In Flensburg sammelten sich im Laufe des Tages etwa 35 Alt- und Neonazis. In Flugblättern wurde der Stadt vorgeworfen, sie wolle das Trauern verbieten. Am Kieler Friedhof tauchte noch ein rund 15köpfiger NS-Reisekader um Uwe Jürgens - einst Wehrsportgröße in und um Celle, jetzt vor allem in Ostdeutschland aktiv - auf. Währenddessen waren auf dem Anwesen von Christophersens Frau Edith in Mohrkirch einige wenige auswärtige Fahrzeuge abgestellt. Die Feier im kleinen Kreis sah Heinrich Lorenzen als Redner, auch er ein einschlägig aktiver Altnazi vom *Bund der Goden*. *H.Fr.*



Nazis am Kieler Eichhof-Friedhof

Keine Ehrung für SS-Täter - erst recht nicht auf den Gräbern ihrer Opfer!

Der Tod mußte erledigen, wozu die deutsche Justiz nicht bereit war: einen bekannten - wenn nicht einen der bekanntesten - Holocaustleugner an weiterer Propaganda zu hindern. Doch auch nach seinem Tod ist Christophersen noch für eine Provokation zu haben: auf dem Flensburger Friedhof Friedenshügel wollte seine Familie eine Trauerfeier durchführen, die zunächst sogar genehmigt wurde. Daß es den Versuch geben würde, Christophersen zu einem Märtyrer zu stilisieren, war ohnehin klar. Schon die geplante Wahl des Ortes für die Trauerfeier zeigte, daß Christophersens Familie die Tradition der Verhöhnung der Opfer des Holocaust, die er mit dem Buch „Die Auschwitzlüge" mitinitiiert hatte, fortsetzen will. Der Friedhof Friedenshügel ist letzte Ruhestätte mehrerer hundert Opfer des Faschismus - Häftlinge aus dem KZ Neuengamme und seinen Außenkommandos in Wilhelmshaven und Bremen, tote ZwangsarbeiterInnen aus Polen, Kinder, Säuglinge sowie sowjetische Kriegsgefangene. Auf dem Friedhof befinden sich mehrere Gedenksteine für die Opfer des Faschismus.

oben: Kranzniederlegung während der antifaschistischen Gedenkfeier



rechts: faschistische „Trauergemeinschaft" - in der Mitte: Ludendorffer Hans-Werner Lepthien aus Nortorf

Aus Protest gegen die geplante Verhöhnung und Entehrung des Friedhofes durch die Nazifeier organisierten AntifaschistInnen, unter ihnen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten für den 20.2.1997 eine Kranzniederlegung an den Gedenkstätten. Diese fand mit vierzig Personen statt. Unter den Gedenkenden befanden sich Karl Heinz Lorenzen, Kommunist, der als Fluchthelfer zehn Jahre in den Kerkern und KZ der Nazis durchlebt hat, sowie der langjährige SSW-Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer.

Auf dem Friedhof wurden die AntifaschistInnen durch eine Gruppe von Neonazis provoziert, worauf allerdings nicht eingegangen wurde. Diese wußten nach dem Verbot der Nazi-Trauerfeier wohl nicht wohin. Ebenso erging es etwa vierzig (Ur-)Altnazis, die sich in einer nahegelegenen Gaststätte versammelt hatten. Später verteilten einige Naziskinheads in Flensburg Flugblättern, auf denen sie das Verbot der Trauerfeier beklagten. Allerdings wurden sie bald vertrieben.

Die blutige Spur des *Weißen Arischen Widerstands*

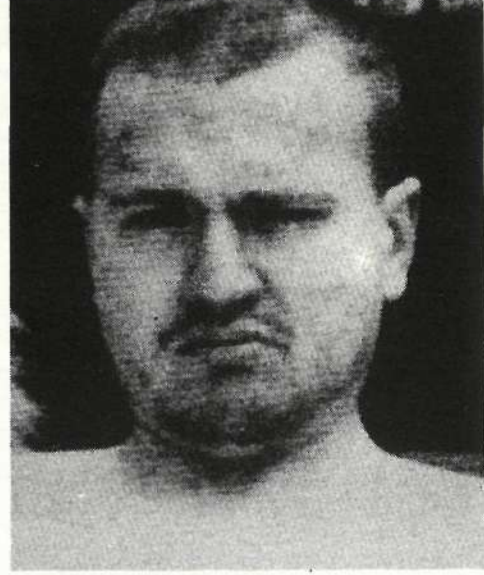
Nazi-Terror fordert toten Polizisten und schwer verletzten PDS-Buchhändler

Im Februar 1997 wurde Berlin ein Mordversuch auf den PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat verübt; wenige Tage später erschoß der 24jährige Industriemechaniker Kay Diesner aus Berlin bei einer Verkehrskontrolle einen Beamten. Ein neuer Höhepunkt organisierter faschistischer Gewalt und ein weiterer Hinweis auf den in faschistischen Kreisen vorhandenen Ver-nichtungswillen.

Diesner, Mitglied der neofaschistischen Gruppe „Weißer Arischer Widerstand" trug bei seiner Festnahme eine kugelsichere Weste und war mit einem Schrotgewehr („Pumpgun") sowie einer erheblichen Menge Munition ausgerüstet. Bei einer Verkehrskontrolle auf der Autobahn Berlin-Hamburg schoß er ohne Vorwarnung auf einen Polizisten und tötete diesen. Nach einer Verfolgungsjagd, bei der er festgenommen wurde, begründete er die Tat mit einem „Notwehrrecht gegenüber dem Staat". Der Mordanschlag auf den der PDS angehörenden Berliner Buchhändler habe er aus „Haß auf die PDS" durchgeführt. Ein bei der Partei eingegangener Anruf ließ darauf schließen, daß der Anschlag als Racheakt für den durch massive antifaschistische Gegenwehr gescheiterten Aufmarsch von Jungnazis am Wochenende zuvor gedacht war.In Diesners Wohnung, der bereits wegen Körperverletzung und Widerstand vorbestraft ist und gegen den die Polizei auch wegen des Verdachts der „Bildung eines bewaffneten Haufens" ermittelt hatte, fand die Polizei neofaschistisches Propagandamaterial. In einem Aufruf des 1992 gebildeten deutschen Ablegers des „Weißen Arischen Widerstandes" (WAW) heißt es unter der Überschrift „Die Zeit ist reif für den WAW Deutschland" unter anderem: „... Wir haben die Pflicht zum Widerstand - und zwar zum Widerstand mit allen Waffen!" Es „laufen Vorbereitungen, dem Staatsterror gewappnet entgegentreten zu können".

Der in Anlehnung an die Gruppe „White Aryan Resistance" (WAR) um den kalifornischen Neonazi Tom Metzger gebildete deutsche Ableger versteht sich dabei nicht als eine „Organisation mit Vorsitzendem, Kassierer usw.", heißt es in dem Aufruf. Auf Flugblättern der Gruppe („Schlagt sie tot, schlagt sie tot, schlagt die Kommunisten tot") wurden Terroranschläge auf AusländerInnen und Linke angekündigt. Im Februar 1996 wurden bei einer Polizeiaktion gegen den „WAW - Heimatschutzfront" in Berlin elf Wohnungen durchsucht; Luftdruckwaffen und Nazi-Schriften wurden sichergestellt.

Diesner selbst kommt mit großer Wahrscheinlichkeit aus der ehemaligen „Nationalen Alternative", die bereits Anfang der 90er Jahre militärische Ausbil-dungslager durchführte. Später widmete er sich verstärkt der Anti-Antifa- Arbeit, bespitzelte linke Jugendliche, sammelte Namen, Daten und Fotos von politischen Gegnern, unter anderem von der PDS. Der Buchladen in Marzahn stand bereits seit einigen Jahren auf der Liste möglicher Anschlagsziele der Nazis.



Polizei und Presse sehen mal wieder einen rechten „Einzeltäter" am Werk. Diesner hat allerdings seine „Ausbildung" bei militanten Nazis erhalten. In Schulungen und Trainingslagern wurde er psychisch für den „Rassenkrieg" konditioniert. Der Aktion gegen den Buchhändler im PDS-Haus ging eine verhinderte Nazidemonstrtation voraus - diese wurde von der PDS mitunterstützt". Danach riefen die „Nationalen Infotelefone" zu Aktionen gegen diese auf. Diesners Aktion kann als direkte Reaktion auf diese Aufrufe gesehen werden. Ob er dazu direkte Unterstützung von anderen Nazis erhalten hat, ist nicht bekannt.

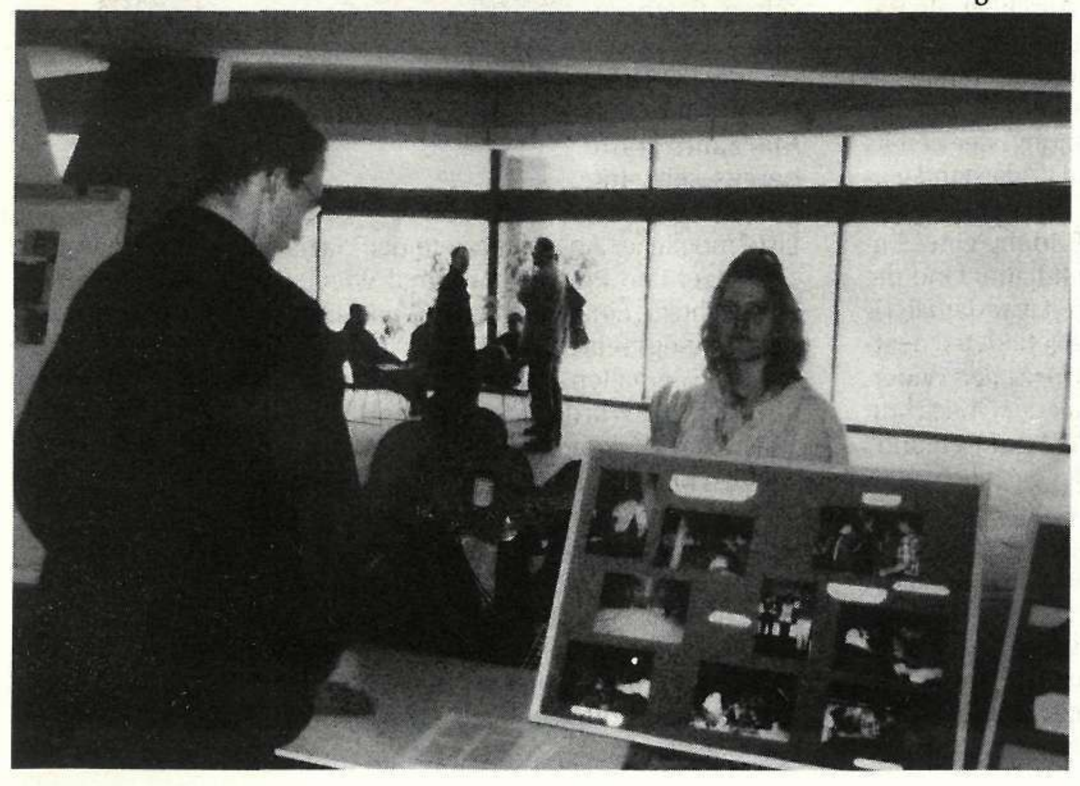
Die Veranstaltungen des RCDS im Wintersemester 96/97

Wie schon in den letzten Ausgaben der ATZE berichtet wurde, tümmeln sich im Kieler RCDS RechtsextremistInnen, die gleichzeitig in anderen rechten Organisationen / Verbindungen aktiv sind, z.B. *Bund Heimattreuer Jugend - Der Freibund e.V.*, Burschenschaften und *Hochschulgilde Theodor Storm.*

Daß der RCDS diese Leute nicht nur in seinen Reihen toleriert, sondern sie aktiv bei der Verbreitung ihrer Ideen unterstützt, ist seit einiger Zeit u.a. an den vom RCDS angebotenen Veranstaltungen zu sehen.

Am 19. November 1996 fand im RCDS-Büro eine Veranstaltung über die „Bündische Jugend" statt, bei der Rüdiger Dorff (Bundesführer des BHJ) als Referent auftrat und so öffentlich seine Ideen von Heimat, Jugend und Kultur unter die Leute bringen konnte. Aus Protest gegen den Vortrag fand vor dem Büro eine Kundgebung statt, bei der der Eingang für einige Zeit blockiert wurde. Dies verzögerte den Beginn der Veranstaltung um ca. eine Stunde. Daraufhin ließ sich der RCDS in einem Flugblatt über die „Intoleranz" und Gewalttätigkeit der Linken aus. (Zitat: „Das Büro des RCDS wurde am 19. November das Ziel gewalttätiger Auseinandersetzungen.... Ein Gast wurde dabei fast zusammengeschlagen.) Desweiteren wurde ein Mitglied der AStA Referats für politische Bildung, der der linken Wahlliste KUL nahesteht, fälschlicherweise als Drahtzieher der Aktion dargestellt.

Kieler Mitglieder der Deutschen Hochschulgilde: Rüdiger Dorff, Jörg Fischera, Briga Bohlinger (v.l.n.r.)



Am 7. Januar 1997 fand im Büro des RCDS eine Veranstaltung über „Die 89'er" statt, die zunächst abgesagt worden war. Mit dem verharmlosenden Titel „Demokratieforum I" bemühte sich der RCDS den rechten Hintergrund der Thematik zu verschleiern. Die „89'er" definieren sich in dem Buch von Roland Bubik, einem Autor der „Jungen Freiheit", als junge Rechte, die sich als eine Gegenbewegung zu den 68'ern verstehen. Ihr „Rechtsein" definieren sie über die Abgrenzung zu anderen, um sich selbst als Elite verstehen zu können. Unüblicherweise wurde die Veranstaltung äußerst kurzfristig angekündigt, dem RCDS gelang es damit öffentlichen Protest gegen diese Veranstaltung zu minimieren.

Zwei Wochen später sprach dann der Stasibeautragte von Sachsen, Sigmar Faust, auf Einladung vom RCDS im Audimax über die „Aufarbeitung der DDR-Verbrechen".

Faust ist Referent im Studienzentrum Weikersheim und Autor in erzkonservativen beziehungsweise neofaschistischen Publikationen „wir selbst", „Criticon", „Deutschlandmagazin", „Mut" und in der „Jungen Freiheit". Faust setzte sich vehement für die Entschädigung des angeblichen SED-Opfers Margot Pietzner ein, die aufgrund ihrer Tätigkeit als KZ-Aufseherin im Ravensbrücker Außenlager Belzig-Roederhof und SS-Mitgliedschaft 1946 durch ein sowjwtisches Militärtribunal zu 25 Jahren Strafarbeitslager verurteilt wurde,

von denen die wegen ihrer besonderen Grausamkeit berüchtigte KZ-Aufseherin jedoch nur 10 Jahre absaß. Aufgrund der Protektion des damaligen Bundesjustizministers Klaus Kinkel und einer Zuwendung von 1000 DM an den zuständigen Sachbearbeiter erhielt sie durch die „Stiftung für ehemalige politische(!) Häftlinge 64.350 DM Haftentschädigung (das entspricht 550 DM pro Haftmonat, KZ-Häftlinge, wenn sie überhaupt Geld erhalten, müssen sich mit 150 DM pro Haftmonat zufrieden geben). Nachdem dieser Skandal öffentlich wurde, mußte Pietzner das Geld allerdings zurückzahlen. Die 7000 DM, die der Vermittler Sigmar Faust von Pietzner „geschenkt" erhielt, sind anscheinend aber immer noch im Besitz des Stasibeauftragten.

Im Vorfeld dieser Veranstaltung wurde von verschiedenen Seiten Protest dagegen eingelegt, daß hoch-schulöffentlicher Raum für eine solche Veranstaltung zur Verfügung gestellt wird. Der AStA und das Antifa-Uni-Plenum brachten Pressemitteilungen heraus, und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion nahm Stellung gegen die Raumvergabe des Rektorates an Faust. Weiterhin erschien in den *Kieler Nachrichten* eine Meldung , daß der Faust-Vortrag wegen Krankheit des Referenten ausfallen würde. An der Uni tauchten Flugblätter des RCDS auf, in denen die Veranstaltung wegen eines Raumentzugs durch das Rektorat abgesagt wurde. Beides entsprach weder der Wahrheit, noch stammte es vom RCDS. Vielmehr sah das Rektorat keinen Grund zur Absage, es sei „kein Rechsextremismus im Sinne einer Verfassungsfeindlichkeit zu erkennen gewesen."

Als einige Mitglieder des AStAs am 21.1. die Veranstaltung besuchen wollten, wurde ihnen teilweise der Eintritt verwehrt oder erst nach längeren hin- und her gewährt, obwohl sie zuvor vom RCDS zu dieser Veranstaltung eingeladen worden waren. Mitglieder und Sympathisanten des RCDS hatten vor dem Eingang des Hörsaals eine Kette gebildet und entschieden mittels Gesichtskontrolle, welche Menschen an der Veranstaltung teilnehmen durften und welche nicht. Um 19.30 Uhr erschienen etwa zwanzig Menschen vor dem Hörsaal, die mit den Worten „Antifaschisten kommen hier nicht rein" abgewiesen wurden. Zur Durchsetzung dieses Vorhabens ging die ausschließlich männliche Ordnertruppe auch gewaltsam vor. Die Ordnertruppe bestand zu einem Großteil aus dem Leuten, die im letzten Jahr versuchten eine Antifa-Party an der Uni zu stören. Hiermit ist eigentlich alles über dem Charakter der RCDS-„Demokratieforen" gesagt. Der AStA-Vorsitzende und alle anwesenden AStA-Mitglieder verließen unter Protest den Saal. Nach einiger Zeit und einigen Rangeleien gab sich ein Polizist in Zivil zu erkennen, der darauf hinwies, daß der RCDS das Hausrecht habe und das Straftaten geahndet werden. (Ob die rechtliche Grundlage für seine Anwesenheit auf dem Campus gegeben war, ist für nach wie vor ungeklärt.)

Daraufhin stellte sich der RCDS-Faschist Rüdiger Dorff neben den Polizisten auf die Treppe und erklärte von oben herab, das einige aus der Gruppe an der Veranstaltung teilnehmen dürfe, wenn sie sich seinen Maßregelungen unterwerfen und „Benehmen" zeigen. Daraufhin wurde auf eine Teilnahme an der Veranstaltung verzichtet.

Der AStA-Vorsitzende und alle anwesenden AStA-Mitglieder verließen unter Protest den Saal.

EINE UNVOLLSTÄNDIGE CHRONOLOGIE DER ENTWICKLUNG DES RCDS ZUM EXTREM RECHTEN RAND

8. Mai 1995: Der Kieler *RCDS* verteilt in den Mensen der Kieler Universität den geschichtsrevisionistischen "Aufruf gegen das Vergessen". Der zuvor von Neu-Rechten und Rechtskonservativen in der FAZ veröffentlichte Aufruf verharmlost den Holocaust, indem in Aufruf versucht wird, den Transfer der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten zum eigentlichen Inhalt des 8. Mai 1945 als dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus zu machen.

Die Linke-Bunte-Liste stellt darauf im Studierendenparlament (Stupa) Abwahlanträge gegen alle auf AStA- und Stupa-Posten befindlichen RCDSlerInnen, diese Anträge werden vom Stupa mit großer Mehrheit abgelehnt.

Juni 1995: Bei den Wahlen zum Studierendenparlament tritt der *RCDS* mit der personell größten Liste (27 KandidatInnen) an und verbessert sein Ergebnis von 9% 1994 auf 12,2 % (766 Stimmen) 1995 und behält zwei Stupa-Sitze. Unter den KandidatInnen: Rüdiger Dorff, Markus Timmler, Briga

Aufgrund dieser an der Uni bisher einmaligen Vorgängen übte das Antifa-Uni-Plenum in einem offenem Brief an das Rektorat nochmals deutliche Kritik an dessen Haltung gegenüber dem RCDS.

Inzwischen haben sich zahlreiche politischen Studierendengruppen der CAU und der Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein in einem gemeinsamen Flugblatt gegen die Mitgliedschaft von RechtsextremistInnen in der CDU-Studierendengruppe gewandt (siehe Dokumentation in dieser Ausgabe).

Der RCDS geht bislang in keiner Weise auf die Vorhaltungen ein und macht sich vielmehr in einem Flugblatt über die UnterzeichnerInnen lustig. Ein Mitglied des RCDS wird in der Mensa beobachtet, wie er die gemeinsame Erklärung gegen die RechtsextremistInnen im RCDS einsammelt, als er darauf angesprochen wird, was das solle, bricht er das Einsammeln ab. Offenbar fühlt sich der RCDS inzwischen so sehr in die Enge getrieben, das er anfängt wild um sich zu schlagen. ●

Unser Motto:

Ehre

oder ist Dir
Un - ehr - lichkeit lieber ?

Freiheit

oder ziehst Du es vor,
Dir Dein Denken
vorschreiben zu lassen ?

Vaterland

oder willst Du
ein Baum
ohne Wurzeln
sein ?

Darum -
Burschenschafter sein.

Auszüge eines von der Alten Königsberger Burschenschaft Alemannia in Kiel verteilten Faltblatts

Die Alte Königsberger Burschenschaft Alemannia zu Kiel, eine offen militaristische und sexistische Studentenverbindung, die im nationalistischen Dachverband „Deutsche Burschenschaft" organisiert ist (Vgl. Atze Nr.27) macht an der Uni durch aggressive Werbung auf sich aufmerksam. Unter anderem wurden Werbematerialien des Dachverbands „Deutsche Burschenschaft" ausgelegt, mit denen auch schon die offen faschistische Hamburger Burschenschaft „Germania" warb. Insgesamt scheint nach dem Austritt einiger gemäßigterer (was in diesen Spektrum bedeutet, die bestehenden Grenzen anzuerkennen und eventuell sogar Ausländer und Zivildienstleistende bei sich zu dulden) Burschenschaften aus der Deutschen Burschenschaft die Tendenz zugenommen zu haben, sich offen zum neofaschistischen Gedankengut zu bekennen. So ist der aktuellen Ausgabe der Zeitung des Dachverbandes, den „Burschenschaftlichen Blättern" eine vierseitige Werbebeilage der „Jungen Freiheit" beigelegt. Als die Kieler „Alemannen" Mitte Februar versuchten ihre Werbematerialien im AStA-Büro auszulegen, bissen sie allerdings auf Granit. Der AStA-Vorsitzende wies in einem Brief an die „Kaliningrader Burschen" darauf hin, daß ihre Werbematerialien in den Räumlichkeiten des AStAs nicht geduldet werden.

Bohlinger, sowie mindestens zwei weitere Mitglieder der *Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel*. Diese Verbindung tritt in Kiel im Oktober 1995 erstmals in Erscheinung und ist dem Dachverband *Deutsche Gildenschaft (DG)* zugehörig. Die DG ist eine elitäre Kleinstgemeinschaft, die maßgeblichen Einfluß auf den revanchistischen Witikobund hat und eine Reihe von Redakteuren der rechtsextremen Zeitung "Junge Freiheit" stellt.

Januar/Februar 1996: Der *RCDS* nimmt eine Informationsveranstaltung des AStA über die kriminalisierte Zeitschrift "radikal" zum Anlaß in einer Reihe von Flugblättern gegen "Linksextremisten" an der CAU zu hetzen: Die linken Uni-Gruppen werden in "geistige Nähe von RAF und AIZ" gerückt, die Grünen HSG zu einer Gruppe von RechtsbrecherInnen, weil sie rechtswidrig in Gorleben demontrierten und der, der sich unpolitisch gebärdenden Fachschaftsliste angehörende, AStA-Vorsitzende zum KPD-Sympathisanten. In der Folge ruft der *RCDS* dazu auf den "politischen Inquisitionsversuchen" des Antifa-Uni-Plenums "entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen". (Das Antifa-Uni-Plenum hatte in der ATZE über den *RCDS* berichtet) Die Vorstellung des *RCDS* von einer linken Weltverschwörung tritt deutlich zu Tage.

Gemeinsame Erklärung gegen Rechtsextremismus an der Uni!

„Mitteldeutschland", Junge Freiheit" und Veranstaltungsthemen aus dem Umfeld der „Neuen Rechten" - solche Inhalte werden seit längerer Zeit von einigen Mitgliedern der Kieler Hochschulgruppe des RCDS vertreten. Mit diesem Flugblatt soll dem RCDS unmißverständlich deutlich gemacht werden, daß dies bei den restlichen Hochschulgruppen der CAU nicht auf Gleichgültigkeit oder gar stillschweigende Zustimmung stößt, sondern daß wir gemeinsam und entschlossen mit demokratischen Mitteln dagegen vorgehen werden!

Die größte Aufregung verursachte in den letzten Monaten die Person Rüdiger Dorffs und der von ihm repräsentierte „Der Freibund e.V.". Rüdiger Dorff fungiert als „Bundesfüh-rer" (!) der Vereinigung und hat bei den letzten Stupa-Wahlen auf der Liste des RCDS kan-didiert. Am 19. November letzten Jahres führte der RCDS eine Veranstaltung durch, auf der Rüdiger Dorff den „Freibund" darstellte. Im Vorfeld gab es schwere Vorwürfe des Antifa-Uni-Plenums gegen den „Freibund" - eine *inhaltliche* Erwiderung des RCDS blieb bis heute aus. Im Dezember letzten Jahres kam es dann zu einem Treffen Rüdiger Dorffs mit drei Mitgliedern des HSG Bündnis 90/Die Grünen. Intention war es, ihm eine Chance zu geben , sich zu den Vorwürfen zu äußern. Die Konditionen des Treffens waren beiden Seiten vorher klar - eben auch eine mögliche öffentliche Reaktion im nachhinein, wie sie nun mit diesem Flugblatt erfolgt.

Vorläufer des „Freibundes" war der „Bund Heimattreuer Jugend", der eine eindeutig faschistische Vergangenheit aufweist und die an die Hitlerjugend erinnernde Abkürzung BHJ verwandte.

Von dieser unrühmlichen Vergangenheit hat sich Rüdiger Dorff in besagtem Gespräch distanziert. Damit richtet sich das Augenmerk jedoch auf die Positionen, die der Freibund heute vertritt. Diese sind im folgenden aufgelistet:

Die Aktivitäten des „Freibunds" bestehen heute einerseits in der Durchführung von Zeltlagern, Sonnenwendfeiern u.ä., sowie in der Herausgabe der Zeitschrift „na klar!". Hierbei wird den 7-25jährigen Mitgliedern nach Aussage Rüdiger Dorffs „keine Ideologie" verabreicht. Fragt sich nur, warum dann 1996 Referenten wie Baldur Springmann eingeladen wurden. Dieser ist Mitglied

Ratlose standen RCDS und Anhang der antifaschistischen Blockade gegenüber

Juni 1996: Der *RCDS* tritt zur Stupa-Wahl erneut mit der größten (42 (!) Personen umfassenden) Liste an, wieder mit mehreren Mitgliedern der Kieler DG-Gruppe und mindestens einem Mitglied der *Burschenschaft der Krusenrotter*, die dem rechtsextremen Dachverband *Deutsche Burschenschaft (DB)* angehört und beste Kontakte zur offen rechtsextremen *Burschenschaft Germania Hamburg* pflegt. Der *RCDS* verbessert sein Wahlergebnis um knapp 270 Stimmen auf 18 % (1035 Stimmen), wird damit zweitstärkste Liste und verdoppelt die Anzahl seiner Sitze im Stupa auf vier. Der *RCDS* wird nicht an der Bildung des neuen AStA beteiligt.

Juli 1996: Das Antifa-Uni-Plenum macht publik, daß der stellvertretende Landesvorsitzende des *RCDS* Schleswig-Holstein, Rüdiger Dorff, Bundesführer des *Bund Heimattreuer Jugend - der Freibund e.V.* ist. Der *Freibund* ist die größte rechtsextreme Jugendorganisation neben der inzwischen verbotenen *Wiking Jugend*. Nach dieser Enthüllung provozieren ca. 20 Personen aus dem Umfeld des *RCDS* und der *Hochschulgilde Theodor Storm* auf einer Antifa-Party an der Uni, es folgt keinerlei offizielle Reaktion des *RCDS*.

Oktober 1996: Der *RCDS* veröffentlicht in seinem Erstsemester-Info *Campus* ein

Junge Freiheit - Lieblingslektüre an RCDS-Frühstückstischen ?!

Schock für Bonn: Die JF vor Kanzler Kohl in Berlin-Mitte! Alles über den Umzug auf Seite 2 und 4

JUNGE FREIHEIT

Wochenzeitung für Politik und Kultur

Nr. 43/95 Berlin, 27. Oktober 1995 10. Jahrgang ZA 4083 C DM 4,20/ÖS 30

In der Hauptstadt wird die Zukunft entschieden

Die Berliner Republik



Der Reichstag. Zentrum des neuen Regierungsviertels

Vorbei die Zeiten, da Deutschland noch im Windschatten der Weltpolitik stand und folglich Wahlen noch allein mit der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gewinnen waren. Das Syndrom Scharping, jener erste Betriebsratsvorsitzende der deutschen Nation, verkörpert ja in Reinkultur deutsche Unfähigkeit zur Macht: Nie wagen, aber immer gewinnen wollen.

Berlin ist Deutschlands und damit Europas größte Baustelle. Das Stadtbild ist von dem Wald aufragender Baukräne geprägt. Das Zentrum der Stadt bereitet sich auf den Einzug der Regierung zum Ende des Jahrtausends vor. So wie sich die architektonischen Gesichtszüge im Antlitz des deutschen Machtzentrums verändern, verändert sich auch das Gesicht Deutschlands. Nicht ohne Grund versucht ein in Hamburg weit ab vom Schuß sitzendes Nachrichtenmagazin diese Woche zum wiederholten Mal am notwendigen Umzug der Regierung herumzumäkeln und das Projekt der Einheit madig zu machen.

Das Ergebnis der Berliner Wahl zeigt: In Berlin werden politische Verwerfungen deutlich, die mit einiger Verzögerung das übrige Deutschland erfassen werden. Während in westdeutschen Landtagen die SPD-Ministerpräsidenten noch fürstlich residieren und von längst vergangenem Ruhm der einstmals großen Oppositionspartei zehren, ist der Absturz in der Hauptstadt bereits vollzogen. In der Stadt der Einheit ...

... wohl eigentlich keiner weiß, wer diese Partei noch will. Berlin jedenfalls schon heute und Deutschland in Zukunft nicht mehr. Die nationalliberalen Kreise der maroden Partei haben hinter vorgehaltener Hand in Berlin bereits vor der Wahl zugegeben, daß sie auf den Niedergang ihrer Partei setzen und ein Nichteinzug in das Berliner Parlament der Gruppe um Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl am meisten ...

Der konservative Publizist Johannes ...

Dr. Herbert Bahr im Interview auf Seite 3

„Die Rechtschreibung war im Kalten Krieg eine politische Frage"

Den Schritt ins Zentrum rechtzeitig gewagt. JF-Redaktion im Mosse-Haus 4
Geschäftsleute statt Elite. Schwache Führungskräfte in Politik und Wirtschaft 5
Zwischen Repression und Assimilation. Slowenische Minderheit in Italien 8
DASA im Sturzflug. Der deutsche Raumfahrtkonzern muß Federn lassen 9
Realpolitik statt Wunschdenken. Forum-Aufsatz von Klaus Hornung 11
Der alte Eskimo und die Anmaßung des Westens. Pankraz-Kolumne 12
Die Saar blieb deutsch. Volksabstimmung im Saarland 1955 (II) 16
Geld als Motivation. JF sprach mit einem österreichischen UN-Soldaten 20



des „Weltbundes zum Schutze des Lebens", in dessen vereinseigener Tagungsstätte *Collegium Humanum* sich u.a. 1984 das von Michael Kühnen geleitete „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" traf und 1995 der schweizerische Holocaust-Leugner Bernhard Schaub referierte. Vielleicht kommt die Verbindung ja noch daher, daß der „Freibund" 1989 sein gesamtes Seminarprogramm an eben diesem Ort abhielt?!

Als ebensowenig ideologiefrei erscheint uns eine Äußerung wie die folgende, die sich in der „na klar!" findet: „Die Sieger des Krieges weigern sich weiterhin, das einstmals auf der Grundlage des Völkerrechts abgeschlossene Münchener Abkommen anzuerkennen." Zur Erinnerung: Mit dem Münchener Abkommen besiegelten die Westmächte die Abtretung großer Teile der damaligen Tschechoslowakei an das Deutsche Reich. Die Tschecheslowakei war bei dieser Entscheidung nicht anwesend, und die Zustimmung der Westmächte ist auf die unverhohlene Drohung des Deutschen Reiches, ansonsten militärisch die Grenzen zu verändern, zurückzuführen. Wer heute die Anerkennung dieses „Abkommens" fordert, wird wissen, in wessen Tradition er oder sie sich begibt...

Anzeigen des „Freibunds" fanden sich in den letzten Monaten immer wieder in der „Jungen Freiheit". Diese ist momentan das größte Organ der „Neuen Rechten". In den Artikeln wird zwar jeder offen faschistische Bezug vermieden Äußerungen wie „...die späteren Generationen werden...radikale Forderungen gegen die Nachbarn erheben...Die tschechische Führung wäre daher gut beraten, so rasch wie möglich ein Überzeugendes Versöhnungsangebot zu machen..." sollten jedoch aufmerksam machen. Ohne Maske präsentiert sich die „Junge Freiheit" dann auf ihrem verlagseigenen Büchermarkt. Hier sind u.a. Bücher über die „Militäreliten des Dritten Reiches" und eine Biographie über den „Volkstribun Jörg Haider" erhältlich. Rüdiger Dorff hat damit keine Probleme: Für ihn ist die „Junge Freiheit" keine rechtsextreme Zeitung, „Der Freibund" werde auch weiterhin in ihr inserieren. Da ist es nur konsequent, wenn als Interviewpartner der „na klar!" ausgerechnet der Chefredakteur der „Jungen Freiheit", Dieter Stein, ausgewählt wird.

In dieses Bild paßt die von Rüdiger Dorff selbstverständlich verwendete Bezeichnung

... mußte Rüdiger Dorff uns dann zugestehen, daß bei diesen Anlässen u.a. das Lied „Wenn alle untreu werden" zum Besten gegeben wird - das Treuelied der SS-Rekruten!

Gruppenfoto, auf dem Rüdiger Dorff in der Mitte der RCDSler plaziert ist. In dem Heft findet sich neben den typischen Burschenschaftsanzeigen auch eine Anzeige der *Hochschulgilde Theodor Storm*.

November 1996: Im *RCDS* Büro in der Gneisenaustr. 7 findet ein Vortrag Rüdiger Dorffs zum Thema "Bündische Jugend" statt. Der zwei Wochen später angesetzte Vortrag zum Thema "89er" wird wohl aufgrund antifaschistischer Proteste beim Dorff-Vortrag zunächst abgesagt.

Januar 1997: Der "89er"-Vortrag wird im *RCDS* Büro durchgeführt. Der *RCDS* lädt den Stasi-Beauftragten Sachsens und Braunzone Aktivisten Sigmar Faust zu einem Vortrag an die Uni. Der AStA, das Antifa-Uni-Plenum und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion protestieren im Vorfeld gegen die Veranstaltung (vgl. zu den drei Veranstaltungen den gesonderten Artikel).

Februar 1997: Neun Hochschulgruppen an der CAU (darunter fast alle Wahllisten, die Evangelische StudentInnengemeinde und der Tönnies-Kreis) und der Landesverband von Büdnis90/Die Grünen S-H wenden sich in einem gemeinsamen Flugblatt (siehe Dokumentation in dieser Ausgabe) gegen die Mitgliedschaft von RechtsextremistInnen im *RCDS*.

„Mitteldeutschland" für das Gebiet der neuen Bundesländer. Diese will er rein historisch verstanden wissen. Es tut uns leid, aber das können wir nicht nachvollziehen. Wenn jemand einen Ausdruck ständig (nicht im Rahmen eines bestimmten Kontextes) verwendet, dann steht er oder sie auch hinter der Bedeutung des Begriffes. Zumindest ist das bei uns so....

Zu den Aktivitäten des „Freibundes" gehört auch die Teilnahme an „Singewettstreiten". An dieser Stelle mußte Rüdiger Dorff uns dann zugestehen, daß bei diesen Anlässen u.a. das Lied „Wenn alle untreu werden" zum Besten gegeben wird - das Treuelied der SS-Rekruten! Dies habe auch „Der Freibund" bereits gesungen, und auch in Zukunft sei dies nicht auszuschließen. Gleiches gelte für alle drei Strophen der Nationalhymne.

Der mögliche Schluß, daß es sich bei Rüdiger Dorff um einen Einzelfall im Kieler RCDS handelt, erweist sich als Trugschluß.

Mindestens drei seiner Mitglieder gehören gleichzeitig der „Kieler Hochschulgilde Theodor Storm" an. Diese ist Teil der Deutschen Gildenschaft", die es als ihre Aufgabe ansieht, ihre Mitglieder zum „dienenden Führen" zu erziehen. „Führen" meint hierbei das Herausbilden einer Elite, die dann die „Führungsaufgaben" in der Gesellschaft übernehmen soll. „Dienend" bezeiht sich auf die Unterordnung des Individuums unter das „Volksganze": „...Berufensein zu Führungsaufgaben haben wir stets so verstanden, das es die Fähigkeit einschießt, sich selbst ein- und unterzuordnen, nämlich sich selbst in die Gemeinschaft der Korporationen und die akademische Gemeinschaft dem höheren Ziel der deutschen Selbstbehauptung...".



Rüdiger Dorff - BHJ-Bundesführer und - inzwischen ehemaliger - stellvertretender RCDS-Landesvorsitzender

Vor diesem zutiefst undemokratischen Hintergrund verwundert es nicht, daß mindestens 4 der 12 Redaktionsmitglieder der Jungen Freiheit" der „Deutschen Gildenschaft" angehören.

Für die Nähe einiger Mitglieder des RCDS' zur „Jungen Freiheit" spricht auch der Semesterplan der Gruppe. So wurde neben der Veranstaltung mit Rüdiger Dorff auch ein Vortrag über „Die 89er" angekündigt. Für diesen wurde u.a. mit einem Zitat von Roland Bubik geworben, dem Redakteur der Zeitung und Autor des „Jungen Freiheit-Buchs" (Eigenwerbung der „Jungen Freiheit").

Im Studierendenparlament haben Mitglieder des RCDS auf entsprechende Fragen lautstark zum Ausdruck gegeben, „ob es denn verboten" sei, die neuen Bundesländer als „Mitteldeutschland" zu bezeichnen.

Zeitgleich mit dem Erwiderungflugblatt des *RCDS* (siehe oben) verteilt die *Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel* (in der derzeit neben dem Ex-stellvertretenden Landesvorsitzenden des RCDS Rüdiger Dorff, weitere *RCDS* Aktivisten wie z.B. Jörg Fischera Mitglied sind) am 13. Februar ein Flugblatt, in dem das Bombardement Dresdens 1945 in der Weise thematisiert wird, daß der "300. 000 (!) deutschen Opfer" des "systematischen Massenmords aus der Luft" gedacht wird. In offen betriebenem Geschichtsrevisionismus bleiben die deutsche Kriegsschuld, der Holocaust und die mörderische Kriegsführung der Wehrmacht ohne jede Erwähnung. In Form von NSDAP-Kriegsberichterstattung wird reißerisch das Schicksal der "hilflosen deutschen Frauen, Kinder, Alten und Verwundeten", die "aus Schlesien und anderen Teilen Ostdeutschlands" nach Dresden geflohen waren, geschildert und die Alliierten Bomberpiloten zu blindwütigen Mörderbanden, die "auf alles feuerten, was sich noch bewegte". Schließlich werden die Deutschen zu den eigentlichen Opfern des "Krieges gegen die Zivilbevölkerung und der Zerstörung von Kulturgütern" erklärt: "Es ist daher den Toten unwürdig, daß sie verschwiegen, geleugnet und als "selbst schuld gewesen" verhöhnt und die Zahlen herunter gerechnet werden. Für sie, die auch Opfer eines kollektiven Schicksals wurden und allein deshalb starben, weil sie Deutsche waren, gibt es am heutigen Tage keine angemessene Ehrung." Ob diese aggressive Form von Geschichtsverfälschung und Relativierung der NS-Verbrechen aus dem unmittelbaren Umfeld des Kieler *RCDS* an der CAU Folgen haben wird, muß sich erst zeigen.

Die hier erhobenen Vorwürfe richten sich nicht gegen alle Mitglieder des Kieler RCDS. Wir halten es jedoch für inakzeptabel, daß solche Meinungen in der Gruppe geduldet werden und Rüdiger Dorff darüber hinaus sogar noch das Amt des stellvertretenden RCDS-Landesvorsitzenden inne hat.

Angesichts dieser Entwicklung fordern die unterzeichnenden Gruppen vom RCDS:

Distanzierung von Rüdiger Dorff und allen weiteren Personen, die oben genannte Ansichten teilen!

Eine öffentliche Distanzierung von der „Jungen Freiheit „ und eine klare Abgrenzung zu der „Neuen Rechten" und allen anderen „alten" rechtsextremen Ansichten!

Einer weiteren Verbreitung rechtsextremer Inhalte an der Uni werden wir nicht tatenlos zusehen!

HSG und LANDESVERBAND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;
JUSO HSG;
EVANGELISCHE STUDENTiNNENGEMEINDE (ESG);
FACHSCHAFTSLISTE HSG;
ANTIFA-UNI-PLENUM;
KIELER UNI LINKE (KUL);
GRAUE PANTHER HSG;
PÄLIKAN;
TÖNNIES-KREIS

REPS AN DER MARBURGER UNI

Bei den Wahlen zum Studierendenparlament der Philipps-Universität Marburg Anfang Januar ist es den extrem rechten *Repulikanern* erstmals in der Bundesrepublik gelungen, in ein Studierendenparlament einzuziehen. Aufgrund der Unterstützung der rechten Kandidatur durch die in Marburg zahlreich vertretenen Burschenschaften gelang es den REP, zwei Mandate im Marburger Stupa zu besetzen. Diese werden von Eike Erdel und Daniel Schäfer wahrgenommen. Dieser Erfolg dient den REP nun als Ermutigung, den bundesweiten Aufbau einer Hochschulorganisation voranzutreiben.

Auf Umwegen erreichte die ATZE zwischen Weihnachten und Neujahr folgender, zu Besorgnis Anlaß gebender Bericht, den wir unseren verehrten LeserInnen nicht vorenthalten möchten. Wir dokumentieren ihn im Original.

Trauriger Volkstrauertag

Wer im November 1996 an der Ostseite der Kieler Förde einen unbeschwerten sonntäglichen Spaziergang unternehmen wollte, deren Blick fiel nahezu unweigerlich auf jenen mächt'gen Adler in Möltenort. Auch in diesem Jahr war das dortige U-Boot-Ehrenmal wieder Ort, des Volkes Trauer zu gedenken. Wie immer bildete eine festliche Zeremonie den Rahmen für eine weihevolle Feier. Eine Vielzahl von Kränzen wurden niedergelegt - nicht wenige mit prächtigen güldenen Klebebuchstaben auf schwarzem Flor. Rundherum eine gelungene Veranstaltung, wäre der Blick von PassantInnen nicht unweigerlich auch auf ein kleines Gebinde der *Deutschen Hochschulgilde* (DHG) *Theodor Storm* gefallen - jener mit der extremen Rechten und dem RCDS an der Kieler Universität verbandelten Hochschulgruppe. Und was man sah, war beschämend. Hatten andere Kränze sorgfältig gesetzte Buchstaben, so ward' die Botschaft der Kieler DHG auf Stoff-Fetzen geschrieben. Zwei aus Bettlaken gerissenene Streifen weißen Stoffes, darauf mit rotem Filzstift die Botschaft „Euer Tod soll nicht vergebens sein" - so schamlos gedenkt diese Gruppe deutscher Soldaten. Angesichts solcher, den Leistungen deutscher Soldaten bei der Eroberung der Welt unwürdiger Gestaltung des Ehrenkranzes konnten sich einige BeobachterInnen des diesjährigen Volkstrauertages am Ehrenmal Kiel-Möltenort einige Fragen nicht verkneifen: Ist der Deutschen Hochschulgilde deutsche Manneszucht, zu Tausenden an Bord deutscher U-Boote auf die Gründe der Meere versunken, nicht mehr wert als ein paar Fetzen Stoff? Was werden all jene jungen deutschen Wehrpflichtigen von der DHG halten, wenn einst diese Schande ruchbar wird? Und was werden sie denken, wenn sie - fern der Heimat und wie dereinst anno 1914 für Deutschlands Ruhm und Ehr' mit einem Hurra auf den Lippen - das nationale Interesse dieses so stolzen deutschen Landes verteidigen? Deutsche Hochschulgilde - rechts raustreten !

Rechte Hetze in Anzeigenblatt

Die Jananuar/Februar-Ausgabe des *Strandblick. Magazin für Travemünde, Timmendorfer Strand, Niendorf, Scharbeutz, Haffkrug und Sierksdorf* hat es in sich. Blättert man das 20 Seiten starke Heftchen auf, so schlägt einem in großen Lettern die doppelseitige Anzeige der *Aktion Reiskorn e.V.* entgegen. Mit der demagogischen Aussage *In Lettland hat der 2. Weltkrieg 50 Jahre länger gedauert - als bei uns* ruft Joachim Siegerist zu einer „Hilfsaktion für die früheren Soldaten der ehemaligen Deutschen Wehrmacht in Lettland" auf.

Der Spendenaufruf des Harburger Vereins versucht, mit der Leugnung der Kriegsschuld Politik und in diesem Fall auch Geld zu machen: „Die ersten Mai-Tage 1945. Der Krieg ist entschieden - aber immer noch wird gekämpft. (...) Halbe Kinder noch liegen sie in den Trümmern der Reichskanzlei, schießen aus Maschinengewehren, die schon rot-glühend sind. Nicht aus Liebe zum ‚Führer' kämpfen sie. Nein. Es ist die Angst vor den Bolschewiken. Die Angst vor dem, was danach auf sie zukommt." Umrahmt von dem rührigen Schicksal eines armen alten lettischen Soldaten und der Versicherung, daß „diese Geschichte verbürgt" sei, wird den geneigten LeserInnen die besondere Verantwortung für die treuen Freunde Deutschlands untergejubelt. Von der Beteiligung lettischer Soldaten an den Verbrechen der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS findet sich in dem Aufruf Siegerists selbstverständlich kein Wort!

Siegerist ist seit Jahren Vorsitzender der extrem rechten Vereinigung *Die Deutschen Konservativen e.V.* Zuletzt im April 1994 wurde er wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Damals hatte er in einer Auflage von 17.000 Exemplaren ein Rundschreiben versandt, in dem er gegen in der Bundesrepublik lebende Sinti und Roma als „mieses Zigeunerpack" und „Gesindel" hetzte. In Lettland hat sich Siegerist wiederholt mit der nationalistischen Partei Latvijai an Wahlen beteiligt; kürzlich erwarb er für DM 50.000.- ein sechs Hektar großes Grundstück, auf dem eine Schulungsstätte der *Deutschen Konservativen* entstehen soll.

Im Anzeigenblatt *Strandblick* findet sich in Ergänzung zur doppelseitigen Anzeige (?) noch ein redaktioneller Begleittext, mit dem zu Spenden aufgerufen wird. Als örtliche Aktivistin wird dort Ursula Hub vorgestellt, die Anfang Dezember Siegerist bereits über 1.800.- DM übergeben konnte. Über die Hintergründe Siegerists hat der *ID-SH Informationsdienst Schleswig-Holstein* inzwischen die Anzeigenkunden des Blattes sowie die Herausgeberin, Irene Reinecke, informiert. Diese versucht nun, mit Hilfe eines Rechtsanwalts die KritikerInnen mundtot zu machen.

Große Winteraktion / Deutschland hilft seinen Freunden / Decken für Lettland

In Lettland hat der 2. Weltkrieg 50 Jahre länger gedauert - als bei uns

50 Jahre Rückblende in Deutschland. Die ersten Mai-Tage 1945. Der Krieg ist entschieden – aber immer noch wird gekämpft. Sinnlos fallen Tausende. Vor der Reichskanzlei in Berlin verteidigen blutjunge Männer den „Führer". Die Soldaten mit den Kindergesichtern sind meist Letten oder Franzosen. Verrückt – und bis heute fast verschwiegene Tatsache. Aber so war es.
Halbe Kinder noch liegen sie in den Trümmern der Reichskanzlei, schießen aus Maschinengewehren, die schon rot-glühend sind. Nicht aus Liebe zum „Führer" kämpfen sie. Nein. Es ist die Angst vor den Bolschewiken. Die Angst vor dem, was „danach" auf sie zukommt. Als deutsche Soldatên die Waffen schon gestreckt haben, kämpfen sie noch tagelang weiter.

Ein tickendes „Wunderwerk" rettete sein junges Leben

Unter den Verzweifelten ist auch der 20 Jahre alte Uldis Politis aus schöne Armbanduhr fallen und sagt auf russisch zu den Bewachern: „Da liegt eine Uhr!" Die jungen Sowjetsoldaten vergessen alles – starren wie gebannt auf das tickende „Wunderwerk". Wer soll es bekommen? Ein Streit entbrennt. Genau so hatte der 20jährige es geplant. Ein großes Durcheinander. Die Rotarmisten streiten um die Uhr. Uldis und zwei Kameraden nutzen das Chaos zur Flucht. Sie entkommen. **Diese Geschichte ist verbürgt.**
50 Jahre später. Eine deutsche Reisegruppe ist in Lettland. Ich arrangiere ein Treffen mit einem alten, gebrochenen Mann. Über 70 Jahre ist er inzwischen alt. **Uldis Politis.**
Seit 50 Jahren sieht er zum ersten Mal wieder Deutsche in seiner lettischen Heimat. Der alte Mann weint. Zu Fuß hatte er sich von Berlin aus nach Lettland durchgeschlagen. Die deutsche Uniform konnte er eintauschen gegen zivile „Klamotten" bei einem guten Menschen. Zu Hause 10 Jahre am „Weißen Meer". Urteil für den „Kriegsverbrecher". Zwangsarbeit am Belamor-Kanal. Die Menschen sterben wie Fliegen. Nach sechs Jahren Schinderei kann Uldis Politis fliehen.

Nur der „offizielle" Kommunismus brach 1991 zusammen

Freiheit? Auch in Lettland findet Uldis Politis sie nicht mehr. Die Rote Armee hält den kleinen baltischen Staat unter der eisernen Zwangs-Knute im Griff. Erst 1991 bricht der „offizielle Kommunismus" zusammen.
Seltsam: Uldis Politis spricht kaum ein Wort deutsch. Trotzdem liebt er – wie so viele Letten – Deutschland. Das Treffen mit der deutschen Reisegruppe bleibt für den alten Herrn ein unauslöschliches Erlebnis. Die Deutschen sammelten spontan Geld für ihn. Damit wird er sich einen Traum erfüllen: Vor dem Tod noch einmal Berlin sehen. Im Frühjahr geht dieser Wunsch in Erfüllung.

Volk hat der Zweite Weltkrieg 50 Jahre länger gedauert.

So schrecklich leben heute die treuesten Freunde Deutschlands

Keine 100 Mark im Monat – das ist ungefähr die heutige Pension dieser alten Männer in Lettland.
Deutschland hilft viel. Überall in der Welt. Aber die treuesten Freunde der Deutschen – die Letten – die hat man weitgehend vergessen.
Viele ehemalige Soldaten der früheren Deutschen Wehrmacht in Lettland leben in bitterster Armut, sind krank – oder sogar Invaliden. Kaum Rollstühle, oft unbeheizte Wohnungen. Medikamente – oder Hilfen? Ein Traum. Mehr nicht.

Zumindest im eisigen Winter wollen wir unseren Freunden helfen

Die Winter in Lettland sind sibirisch eisig. Nicht selten bis zu Minus 30 Grad und mehr.
Seit Jahren hilft der gemeinnützige Verein AKTION REISKORN e. V. den Menschen in dem kleinen baltischen Staat. Mit Lebensmitteln, Bekleidung, Schuhen und vor allem mit Medikamenten.
In diesem Jahr wollen wir den Ärmsten der Armen in Lettland warme Federdecken schenken. Für die Frierenden ist das dort wie ein Schatz, von dem man kaum zu träumen wagt.
Eine gute Federdecke mit Kissen – schon für 50 Mark können wir das produzieren lassen. Ein Geschenk fürs Leben. Vielleicht sogar noch besser als ein Lebensmittelpaket im gleichen Wert, das nicht länger als eine Woche ausreicht.

Bitte helfen Sie uns bei der Finanzierung dieser Hilfsaktion.

Joachim Siegerist
Vorsitzender

Joachim Siegerist. Ein Deutscher in Lettland. Vorsitzender der großen lettischen Oppositionspartei LATVIJAI. Seit dem 18. November 1996 Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Lettland.

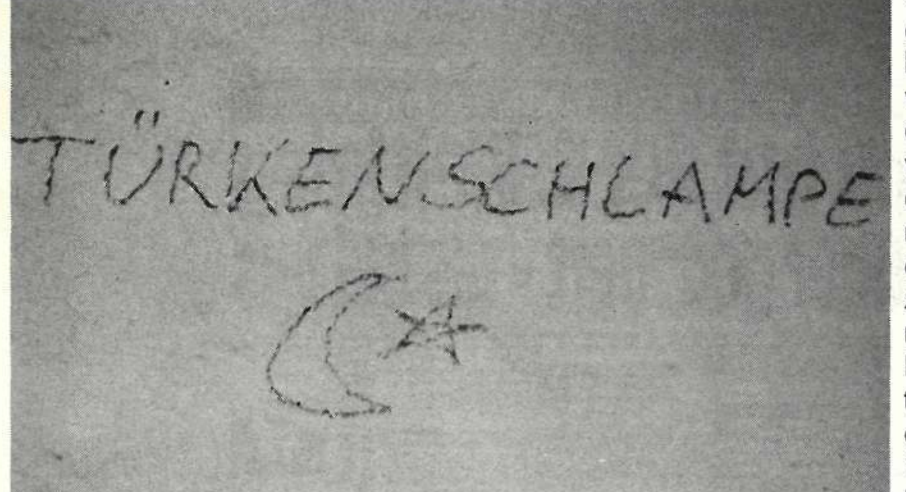
So können Sie alten Soldaten im Winter in Lettland helfen:
Wenn Sie sich an der Hilfsaktion für die früheren Soldaten der ehemaligen Deutschen Wehrmacht in Lettland beteiligen wollen – bitte, spenden Sie auf folgendes Konto: AKTION REISKORN e. V., Altlander Sparkasse, Konto: 27 27 57, BLZ: 241 513 50. Sämtliche Postämter in Deutschland unter der Konto-Nr. 44 00. Adresse

Strandblick mit rechter Hetze

Denn sie brauchen keinen Führer ...

Zum Brandanschlag im Kieler Theodor-Heuss-Ring

Weihnachtsstimmung 1996 in Kiel : während die Einen am Vorabend des Weihnachtstages die Kerzen ihres Weihnachtsbaumes anzünden, kommen zwei Jugendliche auf die Idee, gleich ein ganzes Haus in Brand zu stekken. Einfach nur so ?! Sie zünden im Kellervorraum eines überwiegend von MigrantInnen und Flüchtlingen bewohnten Mehrfamilienhauses einen Stapel Altpapier an. Das Feuer breitet sich, genährt durch im Keller gelagerten Sperrmüll, rasch über eine Holztreppe in den ersten Stock des Hauses aus. Die intensive Rauchentwicklung macht den BewohnerInnen eine Flucht durch das Treppenhaus unmöglich; der Feuerwehr gelingt es jedoch, die 35 im Haus befindlichen Menschen lebend zu retten. Dreizehn von ihnen werden zum Teil schwerverletzt ins Städtische Krankenhaus eingeliefert. Drei Kinder müssen mehrere Tage auf der Intensivstation behandelt werden. Ihre Wohnungen und Habseligkeiten haben jedoch alle verloren. Sie werden ersteinmal in Notunterkünften, darunter eine Container-Siedlung in Mettenhof (!), untergebracht oder müssen bei Freunden und Verwandten Unterschlupf finden. Mittlerweile soll allen Familien eine Ersatzwohnung zur Verfügung gestellt worden sein. Und die Täter ? Wenige Stunden nach dem Brand werden drei Jugendliche aus der Nachbarschaft im Alter von 15 bis 17 Jahren festgenommen. Die Kripo-Ermittlungsgruppe „Fremdenfeindliche Straftaten" schaltet sich in die Ermittlungen ein. Der 16 jährige gesteht bald, das Feuer im Keller des Hauses (Theodor-Heuss-Ring 73) gelegt zu haben. Gegen ihn ergeht daraufhin Haftbefehl wegen versuchten Totschlags und schwerer Brandstiftung. Der 15 jährige wird aufgrund seines „geringen Alters" wieder freigelassen, ebenso der 17 jährige, dem bis dahin nur eine „geringe Tatbeteiligung" nachgewiesen werden kann. In den Verlautbarungen der Polizei in den folgenden Tagen wird abwechselnd mal von „Hinweisen auf fremdenfeindliche Motive der Täter" gesprochen, mal werden selbige bestritten oder wenigstens relativiert. Die Weihnachts-und Neujahrsfeiertage erleichtern es nicht nur der Polizei sondern auch den Medien, den Brandanschlag weitestgehend zu verschweigen, bzw. ihn auf das Niveau eines Dumme-Jungen-Streiches zu reduzieren. ZeugInnenaussagen und Angaben von BewohnerInnen des Hauses zufolge, sind die drei Tatverdächtigen schon länger als rechtsextrem bekannt. Eine Zeugin erklärt, daß die beiden jüngeren bereits einige Tage zuvor in einer Kneipe die Tat angekündigt und mit „Ausländerhaß" begründet hätten. Auch Polizei und Staatsanwaltschaft bestätigen später, daß der Kripo-Gruppe „Fremdenfeindliche Straftaten" bereits Erkenntnisse gegen den 16jährigen vorliegen. NachbarInnen des Brandhauses berichten, daß es in den letzten Jahren in der Umgebung immer wieder rassistische Angriffe und faschistische Schmierereien gegeben hat. So berichten Eltern z.B., daß ihre Kinder Angst hätten, alleine zum Kindergarten oder zur Schule zu gehen, weil sie immer wieder von Rechten angepöbelt und beschimpft worden seien. Fotos von Hakenkreuz-Schmierereien und faschistischen Hetzparolen sowohl am Brandhaus als auch in der Nachbarschaft , die wir am Tag nach dem Anschlag dort machen, bestätigen dies.



Rassistische und sexistische Schmierei am Brandhaus

Doch das alles scheint kaum jemanden mehr zu interessieren. Die Berichterstattung in den Medien beschränkt sich auf ein paar

Kurzmeldungen und einige wenige Artikel in den *Kieler Nachrichten,* in denen man sich darum bemüht, den Brand möglichst reißerisch darzustellen und die kurzfristig einsetzende Spendenbereitschaft einiger hilfsbereiter Menschen für die Opfer des Brandes zu bejubeln. Die rassistischen Hintergründe der Tat bleiben wie immer unerwähnt - schließlich waren das nur ein paar dumme Jungs, deren (niederträchtige) Motive für eine solche Tat einem beim besten Willen nicht einfallen wollen...

Seit dem 7. Januar scheint das Thema auch medial erschöpft zu sein - es gibt keine Toten, über die noch Spannung erzeugt werden könnte, also alles paletti ?! Im Übrigen konnte sich nicht einmal die GRÜNEN-Ratsfraktion dazu durchringen, den Brandanschlag wenigstens offiziell zu verurteilen. Bei zwei Kundgebungen antifaschistischer Gruppen und des *Kieler Bündnis gegen Rassismus,* wo über die Hintergründe und Zusammenhänge des rassistischen Brandanschlags informiert werden sollte, bleiben die VeranstalterInnen größtenteils unter sich. Schließlich will sich niemand die Feiertagslaune verderben lassen ! Außerdem geht es hier um *deutsche* Täter, und das soll ja dann nicht gleich an die große Glocke gehängt werden... Schon gar nicht, wenn diese deutschen Jugendlichen „nur" das Feuerzeug benutzt haben, das ihnen zuvor immer wieder in die Hand gedrückt wurde von ihren deutschen Eltern, ihren deutschen Freunden, den deutschen Politikern, den deutschen Gesetzen (...) und jenen, die immer wegschauen, schon immer weggeschaut haben und wohl auch immer wegschauen werden... Aber auf Tradition wurde hierzulande schon immer Wert gelegt.

Das *Kieler Bündnis gegen Rassismus* beschäftigt sich totzdem bzw. deshalb weiterhin mit dem Brandanschlag und seinen Hintergründen. Eine vom Bündnis unterstützte Bürgerversammlung in dem betroffenen Stadtteil hat zunächst zur Gründung einer Stadtteil-Initiative geführt, die rassistischen Aktivitäten Einhalt gebieten will.

Das Kieler Bündnis gegen Rassismus ist für Post zu erreichen unter c/o Infoladen „beau rivage", Hansastr. 48, 24118 Kiel oder schaut einfach vorbei: Das Bündnis trifft sich dienstags ab 19 Uhr in den Räumen der Deutsch-Kurdischen-Gesellschaft, Boninstr.50 (Hof), Kiel

DEUTSCHLAND wie DOLGENBRODT

Zur Erinnerung: Im November 1992 wurde auf ein bezugsfertiges Wohnheim für AsylbewerberInnen im brandenburgischen Dolgenbrodt ein Brandanschlag verübt. Das Gebäude sollte einen Tag später von 86 afrikanischen Flüchtlingen bezogen werden - zum „Entsetzen" der Dolgenbrodter Bevölkerung. Diese hatte sich schon monatelang bevor die Flüchtlinge überhaupt da waren, gegenseitig aufgehetzt, Unterschriften gesammelt, beim zuständigen Landratsamt protestiert und eine Bürgerinitiative gegründet, um sich und ihre rassistische, deutsche SpießbürgerInnengemeinde vor den Asylsuchenden zu schützen. Im Mai 1993 wurde ein damals 19 jähriger Dolgenbrodter Neonazi als mutmaßlicher Brandstifter verhaftet. Damals hatte er sich damit gebrüstet, von den EinwohnerInnen Dolgenbrodts rund 2000 DM für die Ausführung des Brandanschlages kassiert zu haben. Das Haus war bei dem Brand vollständig zerstört worden. Der Angeklagte belastete vor Gericht u.a. den Gastwirt, in dessen Kneipe man die Pläne für den Anschlag geschmiedet hatte, den Blumenhändler des Dorfes sowie den Bäcker, Geld für die Tat gesammelt zu haben. Doch bei ihren Ermittlungen stießen Polizei und Staatsanwaltschaft (nach eigenen Aussagen) auf eine Mauer des Schweigens. Niemand hatte etwas gesehen, gehört, gewußt. In einem Indizienprozeß wurde der Angeklagte Silvio J., der die Tat zunächst bestritt, wegen der nicht eindeutigen Beweislage freigesprochen. Mitt-



lerweile, über 4 Jahre nach dem Brandanschlag beschäftigt der Fall Dolgenbrodt wieder die Gerichte. Silvio J. hat inzwischen ein Geständnis abgelegt und zugegeben, nicht nur die 2000 DM Honorar von seinen Mit-Dörflern erhalten zu haben, sondern auch ein Schweigegeld in Höhe von 10.000 DM, damit er weiterhin den Einzeltäter mimt und der Dolgenbrodter Klüngel nicht auffliegt. Der Bundesgerichtshof hob daraufhin 1995 das Urteil wieder auf und verurteilte Silvio J. zu einer Jugendstrafe von 2 Jahren auf Bewährung. Dieser packte richtig aus und nach und nach bröckelte die Mauer des Schweigens. Aufgrund neuerlicher Ermittlungen wird es nun auf der Anklagebank immer enger - ein Dorf trifft sich wieder...



Das abgefackelte Flüchtlingsheim in Dolgenbrodt, Oktober 1992

Ende Januar 1997 wurde nun gegen den 48 jährigen Elektromeister Gerd G. Haftbefehl erlassen. Er hatte zugegeben, für den Brandanschlag Geld an Silvio gezahlt zu haben. Pikanterweise handelt es sich bei Gerd G. gleichzeitig um den stellvertretenden Bürgermeister Dolgenbrodts. Als Drahtzieher des Anschlages gilt laut Staatsanwaltschaft der 40 jährige Blumenhändler Thomas O. Gegen ihn erging ebenfalls Haftbefehl wegen Anstiftung zur Brandstiftung. Der vierte Verdächtige, der 23 jährige Marko Sch. gestand ebenso Anfang des Jahres, die für den Anschlag verwandten Brandsätze gebastelt und den Kontakt zwischen Auftraggeber und Brandstifter hergestellt zu haben. Auch sein Stiefvater Hans-Jürgen S. wurde verhaftet. Er soll das Heizöl für die Brandsätze besorgt und an deren Herstellung mitgewirkt haben. Bei seinem Geständnis gab Silvio J. außerdem an, zusammen mit dem 25 Jahre alten Renato P., einem Fascho aus dem nahegelegenen Königs Wusterhausen, der zur Zeit in Brandenburg eine Haftstrafe absitzt, die Brandsätze geworfen zu haben. Der Kreis der konkret an dem offensichtlich rassistisch motivierten Anschlag Beteiligten vergrößert sich täglich - mit weiteren Haftbefehlen rechnet auch die Staatsanwältin Petra Marx. Bei insgesamt 260 EinwohnerInnen, von denen allein 190 im Vorfeld des Anschlages eine Protesterklärung gegen den Zuzug der AfrikanerInnen unterzeichnet hatten, dürfte es allerdings nicht mehr so lange dauern, bis das Dorf komplett angeklagt werden kann. Eine hohe Mauer rund um Dolgenbrodt wäre angesichts dessen nicht das schlechteste. Mittlerweile stehen weitere 13 ehemalige GemeindevertreterInnen Dolgenbrodts im Verdacht der Untreue und der unrechtmäßigen Grundstücksspekulation. Mitte Februar wurden deren 13 Wohnungen sowie Amtsräume durchsucht und massenhaft Beweismaterial beschlagnahmt. Vorgeworfen wird den früheren Gemein-devertreterInnen, 1991 Grundstücke ihres Ortes weit unter Wert an Dorfbewohner verschachert zu haben. U.a. das Grundstück, auf dem das abgebrannte Flüchtlingsheim eingerichtet wurde. Die „Gesellschaft für Wohn- und Freizeitanlagen mbH" und die damalige Bürgermeisterin Ute Preißler hatten dort eigentlich eine Reha-Klinik errichten wollen. Für den Deal - wäre er zustande gekommen - hätte die Bürgermeisterin eine nicht unerhebliche Vermittlungsprovision eingestrichen. Auch sie hatte ein Interesse daran, daß die AsylbewerberInnen nicht nach Dolgenbrodt kommen. Über konkrete Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen den Grundstücksgeschäften und dem Brandanschlag schweigt sich die ermittelnde Stattsanwaltschaft noch aus.

Bleibt abzuwarten, wie die Dolgenbrodter Horrorshow weiter geht; doch sie stellt gewiß keinen Einzelfall in der BRD dar. Hier ist der Klüngel von Brandstiftern, Alt-und Neonazis, MitwisserInnen, OrganisatorInnen, IgnorantInnen und den klammheimlich Zustimmenden - allesamt rassistisch motiviert - eben aufgeflogen. Und es wird deutlich, wie breit verankert Rassismus und daraus resultierende Machenschaften heute wieder (immer noch ?) sind. Dolgenbrodt ist nur ein Beispiel oder wie es Wolfgang Wippermann in der *jungen* Welt (4.2.97) formulierte „Deutschland wie Dolgenbrodt"...

Prozeß gegen Safwan Eid immer absurder

In diesen Tagen werden vor dem Lübekker Landgericht die Gutachten zum Brandausbruchsort vorgestellt. Der frühere Chef der Frankfurter Feuerwehr, Achilles, hat dabei erneut deutlich gemacht, daß die dokumentierten Brandschäden auf einen Brandausbruchsort im hölzernen Vorbau des Hauses hinweisen. Mit der Befragung der Gutachter geht der Prozeß in seine Schlußphase. Die Urteilsverkündung wird jedoch frühestens nach der vom vorsitzenden Richter für den Mai bereits angekündigten mehrwöchigen Prozeßunterbrechung im Juni erwartet.

Die letzten Wochen haben erneut in vielfältiger Weise gezeigt, wie einseitig und zum Teil schlampig Polizei und Staatsanwaltschaft gearbeitet haben. Ob etwa das Verschwinden etlicher wichtiger Beweisstücke, z.B. der Spanplatte, die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Brandausbruchsort gewesen sein soll, einfach Schlamperei war oder bewußt vorgenommen wurde, weil diese in ihrem Originalzustand nicht in das staatlich gewünschte Ermittlungsbild paßten, wird sich wohl nicht mehr klären lassen.

Da die Ankläger nichts Substantielles gegen Safwan Eid in der Hand haben, verlegen sie ihre Aktivität auf die Einschüchterung und Verunsicherung der als ZeugInnen geladenen ehemaligen HausbewohnerInnen. Deren Situation ist unter anderem durch den nach wie vor ungesicherten Aufenthaltsstatus geprägt - die Staatsanwälte nutzen dies zu herabwürdigenden Befragungen. So mußte eine Zeugin die Frage über sich ergehen lassen, ob sie den „begrifflichen Unterschied zwischen Rauch und Feuer" kenne. Zudem wurde die Zeugin als Prostituierte hingestellt, um aus „häufigen Männerbesuchen" endlich doch noch das Tatmotiv „Eifersucht" ableiten zu können. Bei der Befragung eines 14jährigen Flüchtlings versuchte die Staatsanwälte diesem frühere „Zündeleien" im Haus (das Verbrennen eines Zettels) zur Last zu legen. Was das mit Safwan Eid zu tun hat, bleibt das Geheimnis der Staatsanwaltschaft. Es paßt jedoch in deren Versuch,die HausbewohnerInnen insgesamt zu verdächtigen und wie Täter zu behandeln.

Zu den politischen Besonderheiten dieses Prozesses gehört ohne Zweifel auch, daß eine Vielzahl bürgerlicher Medien in der Zwischenzeit dazu übergegangen ist, von der Verteidigung den Un-schuldsbeweis für ihren Mandanten zu verlangen. Nicht mehr die Staatsanwaltschaft muß die Schuld des libanesischen Hausbewohners belegen, sondern die Rechtsanwältin. Diese Umkehrung ist nicht nur der Tatsache geschuldet, daß die Staatsanwaltschaft mit eben diesen Beweisen bisher nicht aufwarten konnte. Daneben enbtspricht dies auch dem Versuch vieler Medien, von der eigenen Verantwortung für eine gesellschaftliche Situation abzulenken, in der rassistische Brandanschläge noch immer zum Alltag gehören. Kaum eine Tageszeitung, die zur Hochzeit der Asyldebatte nicht in die Forderung nach Einschränkung oder gar Beseitigung dieses Grundrechts eingefallen ist; von diesem Wirken als Biedermänner will man heute in den Redaktionsstuben auch der *Kieler Nachrichten* nichts wissen. Dort darf der einschlägig bekannte Falk Osberger bereits wieder zündeln. Ob im Kommentar zur Abschiebung der Flüchtlinge aus Bosnien, oder zum Vorstoß der CSU, Arbeitsplätze zuerst an Deutsche zu vermitteln - Osberger hält's in der Konsequenz wie die extremen Rechten: Ausländerstop! Deutschland zuerst !

Politische Arbeit kostet Geld !!
Spendenkonto
Konto-Nr. 566406-201
Postbank HH
BLZ 20010020
Kto.-Inhaber: C. Kleine

Zu den politischen Besonderheiten dieses Prozesses gehört ohne Zweifel, daß eine Vielzahl bürgerlicher Medien in der Zwischenzeit dazu übergegangen ist, von der Verteidigung den Unschuldsbeweis für ihren Mandanten zu verlangen.

Das *Lübecker Bündnis gegen Rassismus* gibt ein Info heraus, in dem über den Verlauf der Prozeßtage berichtet wird. Es kann gegen Kostenbeitrag bestellt und abonniert werden:
Lübecker Bündnis gegen Rassismus, Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck, 0451 - 70 20 748

Schon gehört?

Noch immer sitzt der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Heino Förster** seine Haftstrafe wg. Anstachelung Jugendlicher zu einem Überfall auf eine Flüchtlingsunterkunft im Knast Neumünster ab. Neben Ex-Parteichef Günter Deckert ist er der zweite bekannte NPD-Faschist, den das NPD-nahe *Hilfswerk für politische Gefangene* derzeit betreut.

Die Hochzeit des Lübecker NPD-Funktionärs **Wolfgang Schimmel** mit einer Litauerin kündigte das NPD-Parteiblatt *Deutsche Stimme* im November 1996 an. Schimmel wollte 1992 für die DVU in den Landtag einziehen, war dann 1994 Beisitzer im NPD-Landesvorstand in Schleswig-Holstein und durfte im Jahr darauf die Feier zum 30-jährigen Bestehen der faschistischen Gruppierung im Land eröffnen.

Freundlicher Berichterstattung über seine revanchistische Wühlarbeit im früheren Ostpreußen konnte sich Ende November der in Martensrade bei Kiel lebende Faschist **Dietmar Munier** erfreuen. Wortgleiche Artikel, in denen im Detail über Muniers *Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen* berichtet wurde, erschienen in der *Braunschweiger Zeitung* und im *Holsteiner Courier.* Die Autorin, Renate Marsch, ist bereits früher in der revanchistischen Publizistik tätig gewesen. Zum Jahresbeginn hat Munier erneut einen Katalog seines Unternehmens *Lesen & Schenken* vorgelegt; auf 100 (!) Seiten werden erneut Bücher, Bronze-Statuen, Landkarten, Videos und Lebensmittel feilgeboten. Stolz berichtet der Verleger im Vorwort über seine guten Kontakte zum Auschwitzleugner David Irving in London.

Prof. Dr. **Werner Kaltefleiter**, Professor für Politische Wissenschaft an der Kieler Universität, war Mitte Januar mit einem Vortrag zu den "Problemen der Osterweiterung von NATO und EU" Gast der Kieler *Burschenschaft Teutonia.* Zwei Tage später durfte er die Spalten der Tageszeitung *Die Welt* vorschlagen, daß der Bundesrepublik Deutschland an der Verfügungsmacht über die britischen und französischen Atomwaffen beteiligt werden soll - als Gegenleistung für die Aufgabe der D-Mark bei der Einführung des EURO.

Dem früheren DVU-Landtagskandidaten **Ulrich Schwetasch** (Neversdorf & Lübeck) muß der Nazi-Verleger Gerhard Frey Schmerzensgeld in Höhe von DM 5.000.- zahlen. Anfang 1995 war Schwetasch in der *Deutschen National-Zeitung* u.a. als "Subjekt" und "Spitzel" bezeichnet worden. Schwetasch hatte sich kurz nach der Landtagswahl 1992 mit dem DVU-Chef überworfen und später in der Öffentlichkeit gegen Frey agitiert.

Die seit Anfang 1996 in Neumünster lebende **Erika Morgenstern** erhielt Anfang Oktober 1996 die Gelegenheit, ihr Buch *Überleben war schwerer als sterben* in der Stadtbücherei Neumünster vorzustellen. Das Buch von Erika Morgenstern über "Ostpreußen und die Vertreibung durch russische Soldaten" wird seit 1993 im neofaschistischen *Arndt-Verlag* vertrieben.



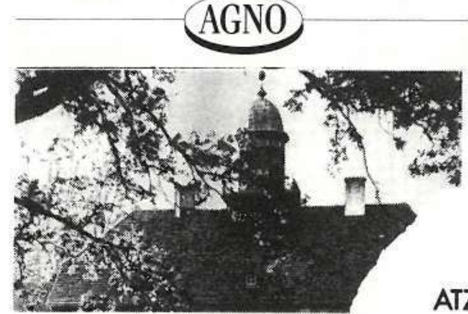
Di, 08.10. (20.00 Uhr),
Stadtbücherei Neumünster
■ **Erika Morgenstern**
Erika Morgenstern wurde in Ostpreußen geboren und erlebte dort eine wunderbare Kindheit. Wie jäh Vertreibung und Flucht aus dem schönen Land auf sie gewirkt hat, schildert sie in ihren Erinnerungen.
Eintritt DM 8.–/5.– DM.

Zur Sammlung aller Gruppen und Organisationen der extremen Rechten vor der Bundestagswahl 1998 rief in der Februarausgabe von *Nation & Europa* der Verleger des *Fehmarnschen Tageblattes*, **Henning Wolff**, auf. Wolff war Anfang der 90er Jahre stellvertretender Bundesvorsitzender der *Deutschen Volksunion e.V.* von Gerhard Frey.

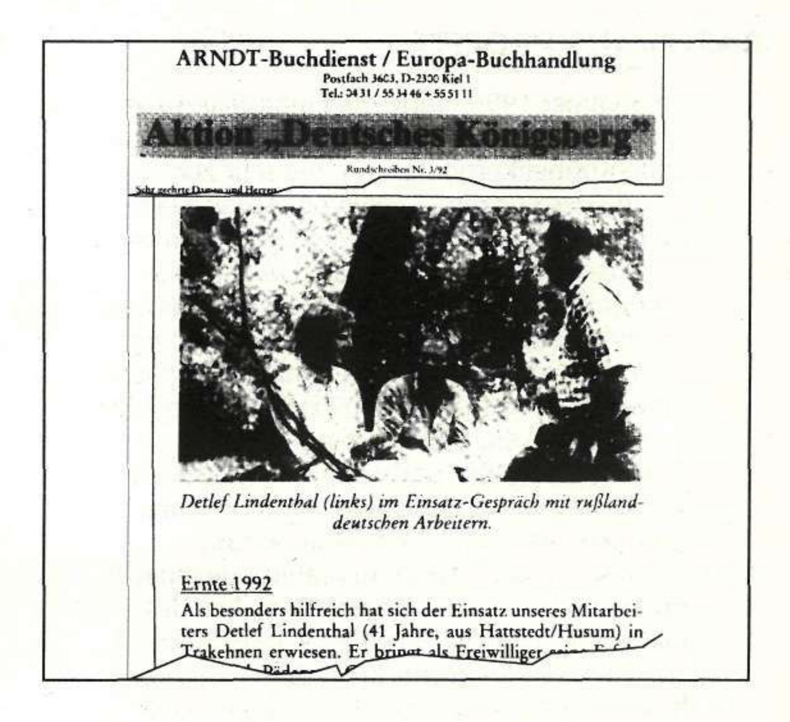
Im Dezember 1996 verstarb **Ilse Timm**, langjährige Vorsitzende der *Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostpreußen* (AGNO). Unter dem Dach der AGNO vereinigten sich mit Unterstützung der schleswig-holsteinischen Landesregierung verschiedene revanchistische Verbände. Ministerialdirigent Dr. Sigurd Zillmann schrieb denn auch den offiziellen Nachruf im *Ostpreußenblatt.*

ARBEITSGEMEINSCHAFT
NORDOSTPREUSSEN

AGNO



Schon gehört?


ARNDT-Buchdienst / Europa-Buchhandlung
Postfach 3603, D-2300 Kiel 1
Tel.: 0431 / 55 34 46 + 55 51 11

Aktion „Deutsches Königsberg"

Rundschreiben Nr. 3/92

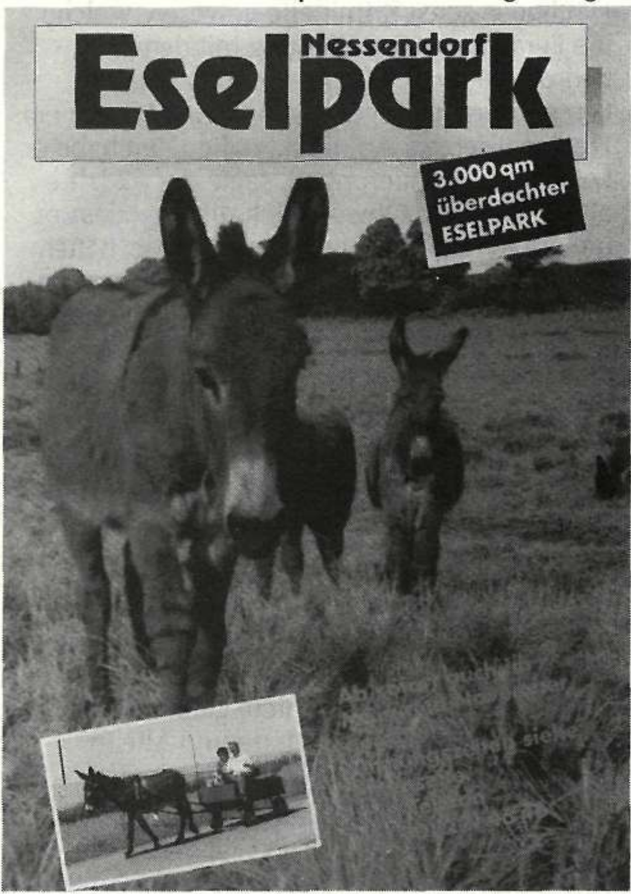
Sehr geehrte Damen und Herren

Detlef Lindenthal (links) im Einsatz-Gespräch mit rußland-deutschen Arbeitern.

Ernte 1992

Als besonders hilfreich hat sich der Einsatz unseres Mitarbeiters Detlef Lindenthal (41 Jahre, aus Hattstedt/Husum) in Trakehnen erwiesen. Er bringt als Freiwilliger [illegible]

Umfangreiche Werbung macht derzeit der NPD-Funktionär **Eckart August** für seinen Eselpark in Nessendorf (zwischen Kaköhl und Hansühn). Zu tausenden liegen die vierfarbigen Werbeblätter derzeit in Kieler Supermärkten aus. August kandidierte 1979 und 1988 bei den Landtagswahlen für die NPD und ist mindestens seit 1989 Beisitzer im Landesvorstand. Auf dem Ticket der *Wählergemeinschaft Blekendorf* konnte er 1994 einen kommunalpolitischen Erfolg erringen.



Die Kieler REP-Funktionärin **Ingeborg Ackermann** ist auch im neuen Bundesvorstand der extrem rechten Partei vertreten. Die Delegierten wählten sie erneut zur Bundesschriftführerin.

Detlef Lindenthal, Mitinitiator der Initiative *Wir gegen die Rechtsschreibreform*, hat sich aus der Kampagne zurückgezogen. Nachdem die Zeitschrift *Gegenwind* aufgedeckt hatte, daß der fünfundvierzigjährige Schriftsetzer und Drucker mit Wohnsitz in Hattstedt/Nordfriesland seit Jahren faschistische Projekte unterstützt, nahm er von der Initiative Abstand, um diese nicht „durch personenbezogene Diskussionen" zu gefährden.
Lindenthal hatte 1992 im Auftrage des Kieler Verlegers Dietmar Munier „aktive Aufbauhilfe" im russischen Trakehnen geleistet. Die Wühlarbeit des ehemaligen „Sturmwind"-Buchhändlers in Rußland ist eines der vielversprechendsten Projekte deutscher Nazis in den „ehemaligen Ostgebieten". Bezeichnend für Lindenthals politische Einstellung dürfte auch sein, daß zumindest 1996 in einer Druckerei auf seinem Grundstück die extrem antisemitische Zeitschrift *Sleipnier* des Berliner *Verlag der Freunde* gedruckt wurde. In dieser Zeitschrift wird offen der Holocaust geleugnet. Kontakte pflegt Lindenthal auch zu dem ebenso antisemitischen Roland Bohlinger, Ludendorffer mit Wohnsitz bei Husum.
Eine Ehrenerklärung für Lindenthal gab **Wolfgang Deppert**, *Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft*, ab. Er habe bisher keinerlei Zweifel an Lindenthals demokratischer Gesinnung gehabt und warne vor einer Vorverurteilung.
Mitinitator Matthias Dräger gibt sich ebenfalls überrascht von den Vorwürfen gegen Lindenthal.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff: nachdem die *Deutsche Liga für Volk und Heimat* politisch sowohl an Anziehungskraft als auch den letzten Rest von Bedeutung verloren hat, hat **Ingo Stawitz**, ehemals als Landtagsabgeordneter der DVU in die DLVH übergewechselt, den Verein verlassen. Seit Januar ist er Mitglied der NPD.

Meldungen

RASSISMUS-PROFITE

Im Sommer 1996 führte die Firma *Beiersdorf* speziell für den asiatischen Markt hautaufhellende Kosmetikprodukte ein, die sehr zur Freude des Konzerns „rasenden Absatz" fanden. Da sich nach Ansicht des Unternehmens „asiatische Frauen eine hellere, leichter zu schminkende Haut wünschen", wurden Nivea-Produkte entwickelt, die die Melaninbildung der Haut unterdrücken und damit die Pigmentierung verändern. Um den Erfolg der Produkte zu steigern, veranstaltete der Konzern in Thailand, Singapur und Malaysia Schönheitswettbewerbe unter den Benutzerinnen ihrer Produkte unter dem Titel „Natural Face Contest". In der letzten Auswahlrunde mußten die Bewerberinnen nach den Vorgaben des Konzerns „in Einzel-Interviews unter Beweis stellen .., daß sie nicht nur natürliche Schönheit, sondern auch Persönlichkeit und Intelligenz besitzen" (Beiersdorf-Journal, 9/96). Rassismus und Sexismus sind bekanntermaßen die Stützen der Kosmetik-Industrie und Firmen wie *Beiersdorf* nicht im geringsten peinlich.

BÜRGERMEISTER SETZT KZ-HÄFTLINGE HERAB

Wegen verächtlicher Äußerungen über KZ-Häftlinge ist der Bürgermeister von Eurasburg im Landkreis Bad Tölz/Wolfratshausen, Hans Fischhaber (CSU), ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Die Israelitische Kultusgemeine München und Oberbayern hat angekündigt, Fischhaber wegen Beleidigung Verstorbener anzuzeigen.
Der Eurasburger Gemeinderat hatte Anfang Februar erneut eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde an einem Denkmal für jene Häftlinge abgelehnt, die bei dem Evakuierungsmarsch aus dem Konzentrationslager Dachau im April 1945 in Richtung Ötztaler Alpen getrieben worden waren. Nach Schätzungen sollen Hunderte, wenn nicht gar bis zu 3000 dieser Menschen ums Leben gekommen sein. Der Bürgermeister begründete seine Ablehnung gegen ein Denkmal damit, daß die Häftlinge „nicht nur zu bedauern gewesen" seien, weil „auch Verbrecher dabei waren".
Wer solch ein Vokabular benutze, müsse abgesetzt werden, forderte daraufhin die Präsidentin der Kultusgemeine München, Charlotte Knobloch. Auch der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, zeigte sich empört. Für Fischhaber „wäre ich 1945 wohl auch ein Verbrecher gewesen", sagte Bubis, der selbst Überlebender des Holocaust ist. Es sei ihm unverständlich, warum offenbar eine Mehrheit im Gemeinderat genau so denke wie Fischhaber.
Gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* hat Fischhaber unterdessen seine Auffassung bestärkt. Unter den freigekommenen KZ-Häftlingen seien Kriminelle gewesen, welche die Eurasburger Bevölkerung mit dem Tod bedroht hätten. Dafür werde man „diesen Leuten" aus Steuergeldern nicht auch noch ein Denkmal setzen. An die damalige Zeit habe er keine guten Erinnerungen, sagte der 62 Jahre alte Fischhaber. Obwohl sich die Bevölkerung um die KZ-Häftlinge gekümmert habe, hätten diese geplündert. Seine Ansicht zum Umgang mit der Vergangenheit: „Man soll doch endlich mal aufhören mit dem Schmarrn." An 16 Stellen erinnern in Oberbayern mittlerweile Mahnmale an den Häftlingstreck. Einige wurden erst nach massivem öffentlichen Druck aufgestellt.

VERFAHREN GEGEN EX-BÜRGERMEISTER EINGESTELLT

Der Hildburghausener Ex-Bürgermeister Franz Küpper, der sich mit der nicht ganz neuen Idee hervorgetan hatte, Behinderte und Alte in einem Bus zu vergasen, muß nicht in den Knast. Das Sonneberger Schöffengericht stellte das Verfahren gegen eine geringe Geldbuße ein, da er seine Äußerung nicht in der Öffentlichkeit gemacht habe.
Das Verfahren bot einige gespenstische Einblicke in die Zustände in deutschen Rathäusern. Küppers Vorschlag sei in der Stadtverwaltung zum „running gag" geworden, berichteten ZeugInnen, die sich fast durchweg selbst „belustigt" von den Äußerungen zeigten. Über unbeliebte KollegInnen habe es geheißen, „den nehmen wir auch mit auf die Busfahrt". Daß man sich in der Hild-burghauser Stadtverwaltung über Küppers Aussprüche köstlich amüsiert hat, wurde ihm vom Gericht zur Entlastung angerechnet. Nazi-Witze, soll das wohl bedeuten, sind nicht weiter schlimm, solange nur jemand darüber lacht.

MISSGLÜCKTE TOTENEHRUNG

Am Abend des 16. November 1996 versammelten sich 25 Personen der rechtsextremen Szene in Glücksburg (Ostsee). Die Neonazis waren aus ganz Schleswig-Holstein (Schwerpunkt: nördliches SH) angereist, um am „Volkstrauertag" gefallenen deutschen Soldaten des 1. und 2. Weltkrieges zu gedenken. Die Polizei hatte aber im Vorfeld von dieser Aktion Wind bekommen und traf rechzeitig am Treffpunkt ein. Sie machten die Rechtsextremisten darauf aufmerksam, daß die Versammlung nicht angemeldet wurde und somit aufgelöst werden müsse. Die Polizei nahm die Personalien der 17 - 60jährigen Neonazis, die mit Fackeln und Kranz ausgerüstet waren, auf. Nach der Personalienfeststellung verließen die TeilnehmerInnen Glücksburg und fuhren in Richtung Leck. In dem nordfriesischen Dorf angekommen, legte die inzeischen halbierte Gruppe den Kranz an einem Ehrenmal im Zentrum der Gemeinde ohne großes Spektakel nieder. Nach der mißglückten Aktion besuchten ca. 10 Neonazis die Diskothek *Zum Trichter* in Niebüll, die sich zu einer Anlaufstelle der regionalen Naziszene entwickelt.

GEGEN DIE ABSCHIEBUNG NACH ZAIRE

Gegen die drohende Abschiebung von Flüchtlingen nach Zaire haben sich Mitte Februar mehrere Lübecker Organisationen, u.a. die Flüchtlings AG, terres des hommes sowie das Lübecker Bündnis gegen Rassismus gewandt. „Seit dem 31.1.1997 gibt Schleswig-Holsteins Innenminister Wienholtz den Ausländerbehörden grünes Licht für die Abschiebung nach Zaire", heißt es in einer Erklärung. „In Lübeck sind davon zunächst 28 Personen betroffen, doch das ist erst der Anfang." Nach Mitteilung des Innenministeriums herrscht auf Bund-Länder-Ebene die Auffassung, daß dort nur Personen ruandischer Abstammung, vor allem Tutsi, gefährdet seien. Die Notwendigkeit eines Abschiebestops nach Zaire wird nicht gesehen. Alle ZairerInnen, die nicht zu diesem Personenkreis zählen und deren Asylverfahren negativ abgeschlossen ist, sind akut von Abschiebung bedroht. Ihre Duldungen werden nicht verlängert, sie bekommen sogenannte Grenzübertrittsbescheinigungen und eine Frist, in der sie ausreisen müssen. Menschenrechtsverletzungen in Zaire sind an der Tagesordnung, Oppositionelle werden verfolgt, entführt, verhaftet und gefoltert. Es gäbe mittlerweile Fälle, in denen aus der Bundesrepublik abgeschobene Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Zaire verschwunden seien. Es zeuge von einer unglaublichen Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der betroffenen Flüchtlinge, sie in dieses von Krieg, Gewalt und Verfolgung geprägte Land zurückzuschikken. Die Verantwortlichen bezögen sich dabei auf einen Lagebericht des Auswärtigen Amtes, der der Öffentlichkeit nicht offiziell zugänglich gemacht werden.
Die Berichte von amnesty international und dem UN-Flüchtlingshochkommissariat sprächen eine andere Sprache: „Wir fordern nachdrücklich einen sofortigen Abschiebestop nach Zaire. Dies kann nach § 54 des Ausländergesetzes für einen Zeitraum von zunächst sechs Monaten aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen auch Innenminister Wienholtz entscheiden. Wir erwarten von ihm, daß er sich nicht länger auf die alleinige Verantwortung der Länderinnenministerkonferenz beruft."

100.000 ILLEGALE CDS BESCHLAGNAHMT

Ende Januar erließ die Staatsanwaltschaft Itzehoe Haftbefehl gegen den 51jährigen Pinneberger Kaufmann Otto Ernst K. Bei der polizeilichen Durchsuchung von insgesamt zwölf Objekten in Hamburg und Schleswig-Holstein, darunter in Pinneberg, Kummerfeld und Henstedt-Ulzburg, wurden 100.000 illegal hergestellte CDs beschlagnahmt, darunter auch welche mit rassistischer Musik. Das Verfahren gegen den Pinneberger Kaufmann läuft daher nicht nur wegen Verstoß gegen das Urheberrecht, sondern auch wegen Volksverhetzung und der „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen". Auf einigen CDs prangten Aufkleber mit dem Hakenkreuz.

Für das Bleiberecht der Flüchtlinge

Wer sich einen Eindruck davon verschaffen möchte, was das Parlament des Landes Schleswig-Holstein in Kiel beschäftigt, sollte gelegentlich in diesen Tagen die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „Landtag" in die Hand nehmen. Im Heft 2/1997 findet sich ein Bericht über eine Landtagsdebatte zum Bleiberecht für die Überlebenden des Brandanschlages auf die Flüchtlingsunterkunft Hafenstraße in Lübeck Mitte Januar 1996.

Daß die CDU die Gelegenheit einmal mehr dazu nutzte, sich als Stichwortgeber für die extreme Rechte zu profilieren, ist wenig verwunderlich. Ihr Abgeordneter Schlie sprach mit Blick auf die von der Landesregierung kürzlich geschaffene Härtefallkommission, deren Möglichkeiten, zugunsten von Flüchtlingen einzugreifen, de facto gegen Null gehen, von einer „rechtswidrigen" Einrichtung. Die Asylpolitik der Landesregierung, so Biedermann Schlie, „gaukelt den Menschen Humanität vor und fordert zum Rechtsbruch auf". Tatsächlich ist der Zusammenhang freilich ein anderer. Gerne möchte sich die SPD als Partei darstellen, die den humanitären Anliegen der Flüchtlinge Geltung verschaffen will. Und man mag dem einen oder der anderen Abgeordneten auch abnehmen, daß sie heute die Abschaffung des Asylrechts für einen Fehler halten und ihr Mitwirken daran bedauern - was die SPD aber daran hindert, eine humanitärere Asylpolitik zu machen, ist u.a. ihr sklavisches Verhältnis zum herrschenden Recht. Innenminister Ekkehard Wienholtz, der über den Paragraph 32 des Ausländergesetzes der eigentlich selbstverständlichen Anforderung Genüge tun und den überlebenden Flüchtlingen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zusprechen könnte, macht dies von der Zustimmung des Bundesinnenministers Manfred Kanther abhängig. Dies ist nicht nur eine völlig absurde Erwartung - macht Scharfmacher Kanther doch täglich deutlich, daß ihn die Folgen seiner rassistischen Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik nur insoweit interessieren wie sie zu dem gewünschten Effekt beitragen, Menschen von der Flucht in die Bundesrepublik abzuschrecken. Das Verhalten von Wienholtz, das die Landes-SPD politisch deckt, ist zudem widerwärtig opportunistisch. Es mag sein, daß er sich nach der Anwendung des besagten Paragraphen eine Rüge Kanthers einfängt, tatsächliche Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Wienholtz hat dieser jedoch nicht. Und daß mit einer humanitären, d.h. konsequenten Unterstützung von Flüchtlingsinteressen bei der deutschen Sozialdemokratie auch weiterhin nicht zu rechnen ist, hat der Abgeordnete Puls deutlich gemacht. Er wies in der Debatte ausdrücklich darauf hin, daß ein Bleiberecht für die Lübecker Überlebenden keinen Präzedenzfall schaffe. So schiebt das Land denn auch weiter Flüchtlinge aus Zaire, Syrien, dem Kosovo usw. usf. ab.

Festzuhalten bleibt: noch immer hat die große Mehrzahl der Opfer des Lübecker Brandanschlages kein zugesichertes dauerhaftes Recht, in diesem Land zu bleiben. Diese Unsicherheit verschärft die schwierige Lage der Flüchtlinge und nimmt nicht die geringste Rücksicht auf die durch den Brand und die Todesfälle verursachten psychosozialen Folgen. Daß es um diese Frage in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit etwas stiller geworden ist, nützt den Flüchtlingen nichts. Umso dringlicher ist ein Aufleben der Aktivitäten für ein gesichertes Bleiberecht der Lübecker Flüchtlinge als Teil weiter gefaßter Kämpfe gegen die rassistische Ausländergesetzgebung und die Abschiebungen.

Das *Lübecker Bündnis gegen Rassismus* führt eine Unterschriftenliste gegen die drohende Abschiebung der Lübecker Brandopfer durch. Wer selbst Unterschriften sammeln möchte, kann die Vordrucke in Kiel unter folgender Adresse anfordern:

Kieler Bündnis gegen Rassismus
c/o Infoladen Beau Rivage
Hansastraße 48
24118 Kiel

Deutscher Auftakt zum „Europäischen Jahr gegen Rassismus 1997":

Arbeitsverbot und Visumpflicht

Alte Hüte von der CDU

Die Regierungsparteien begehen das Jahr gegen Rassismus auf ihre ganz eigene Weise. Direkt zu Jahresbeginn hat die CSU - als ein Ergebnis ihrer Klausurtagung - eine Verschärfung der Vorschriften für die Arbeitsaufnahme von Nicht-EU-AusländerInnen gefordert. Dabei setzt sie auf das schlechte Gedächtnis der WählerInnen . So will die CSU u.a. ein 5-jähriges Arbeitsverbot - eine Regelung, die in den 80er Jahren für AsylbewerberInnen galt, sich bereits damals als unerheblich für die Entwicklung des Arbeitsmarktes erwies, und darüberhinaus dazu führt, daß die so vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten verstärkt auf Sozialhilfe zurückgreifen müssen

„Deutsche bevorrechtigt vermitteln!" ist eine weitere ihrer Forderungen. Sie ist ebenfalls so alt wie rassistisch, da dies schon längst Bestandteil der Arbeitserlaubnisverordnung ist. Im März 1996 hat die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung - in einschlägigen Tageszeitungen wie der *FR* oder der *Zeit* auch für die Laien der CSU nachlesbar - genau auf den Umstand hingewiesen, daß Arbeitserlaubnisse für Nicht-EU-AusländerInnen nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes erteilt werden, d.h., nach Prüfung, ob Bevorrechtige, nämlich Deutsche und dann EU-Angehörige, für die konkret zu beantragende Tätigkeit zur Verfügung stehen. Die nach dieser Prüfung erteilte Erlaubnis ist befristet und muß dreimonatlich bis jährlich neu beantragt werden.

Hier läßt sich gut mit Zahlen spielen, denn die Erhebungen,die die Arbeitsämter darüber vornehmen, beziehen sich auf die Gesamtmenge der erteilten Arbeitserlaubnisse , auch wenn es sich nur um Verlängerungen für dieselbe Person mit derselben Stelle handelt. Von 955 100 Genehmigungen im Jahr 1995 machen diese Fälle schon einen Anteil von 335 400, also mehr als ein Drittel aus. Unerwähnt bleibt im Zusammenhang mit derartigen Forderungen zudem die Tatsache, daß ein weiterer großer Teil der Arbeitserlaubnisse für SaisonarbeiterInnen erteilt werden mit einer Dauer von höchstens drei Monaten. Auch über die WerkvertragsarbeiterInnen, die einen Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis haben, spricht man öffentlich nicht gerne, da hier die Doppelbödigkeit der populistischen Forderungen besonders deutlich wird. Werkverträge nämlich, beruhen auf zwischenstaatlichen Vereinbarungen, entstehen also mit direkter Beteiligung der Regierung.

Pressewirksam sind solche Forderungen, die jeder realen Grundlage entbehren, dennoch. Sie dienen der Irreführung und Entsolidarisierung und bauen einmal mehr AusländerInnen als KonkurrentInnen und Schuldige an der wirtschaftlichen Misere auf.

Die Logik des Innenministeriums: Mit der Visumpflicht für Kinder die „Wurzeln des Rassismus" angehen"

Hinter der CSU wollte Bundesinnenminister Kanther nicht zurückstehen und setzte im Eilverfahren eine neue Visumregelung für Kinder von MigrantInnen aus der Türkei, Marokko, Tunesien und dem ehem. Jugoslawien durch, die seit dem 15. 1. 1997 in Kraft ist.

Auch die davon Betroffenen sind Nicht-EU-AusländerInnen. Ihre Herkunftsländer zählen zu den ehemaligen Anwerbeländern, aus denen bis zum Anwerbestop 1973 GastarbeiterInnen angeheuert wurden. Diese MigrantInnen leben zu einem großen Teil

schon in der dritten Generation in Deutschland. Mit der Änderung des AusländerInnengesetzes von 1991 wurde ihnen eine bessere Integration versprochen, um die Verschlechterungen, die dieses Gesetz für andere Gruppen enthielt, besser zu verkaufen und die AusländerInnen im Bewußtseinen der einheimischen Bevölkerung in erwünschte und unerwünschte einzuteilen und sie auch untereinander zu entsolidarisieren. Jetzt verläuft die Trennungslinie eher zwischen EU- und Nicht-EU-Ausländerinnen. Das Prinzip „Teile und Herrsche" bleibt unverändert und es wird deutlich, wie weit es mit dem Willen zur Integration her ist.

Bis zum 15. 1. dieses Jahres brauchten die unter 16jährigen Kinder keine eigene Aufenthaltsgenehmigung und konnten ungehindert ein- und ausreisen. Jetzt sollen sie - und zwar auch die Kinder, die hier geboren und aufgewachsen sind - nachträglich eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen und benötigen darüberhinaus, z.B. nach Besuchen bei Verwandten, für jede erneute Einreise nach Deutschland ein Visum. Begründet wird diese Maßnahme mit dem immer wieder gern bemühten „Mißbrauch". Angeblich seien seit 1994 zunehmend unbegleitete Jugendliche nach Deutschland eingeschleust worden, um später dann die Eltern per Familienzusammenführung nachzuholen. Um ein noch deutlicheres Gefühl von Bedrohung zu erzeugen ist auch von jugendlichen Drogenkurieren die Rede.

Tatsächlich aber sind laut Statistik im letzten Jahr ca. 2000 Jugendliche aus diesen Herkunftsländern allein eingereist, davon haben nur etwa 400 Asyl beantragt. Betroffen von der neuen Vorschrift sind hingegen nach den Zahlen des Berichts der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung von 1995, 600 000 Kinder unter 16 Jahren, die zu einem großen Teil hier geboren sind.

Die Kritik, die die Maßnahme quer zu allen Parteizugehörigkeiten hervorgerufen hat, macht deutlich, warum Manfred Kanther das Eilverfahren zur Durchsetzung dieser Verschärfung gewählt hat. Und seine Rechnung scheint aufzugehen. Vor vollendete Tatsachen gestellt, begrüßen auch Teile der SPD die Visumpflicht als notwendige Mißbrauchsabwehr. Nennenswerter Widerstand ist im Bundesrat offenbar nicht zu erwarten. Warum auch? - dient doch alles einem guten Zweck. So weist Dieter Vaubel vom Bundesinnenministerium laut *JW* vom 15. 1. 1997 Kritik mit der Argumentation zurück, man wolle mit dieser Maßnahme die Wurzeln des Rassismus angehen statt ihn nur polizeilich zu bekämpfen. Wieder werden nicht RassistInnen und rassistisches Denken als Ursache des Rassismus ausgemacht sondern seine Opfer - die AusländerInnen.

In diesem Sinne ist wohl ein „effektives" Jahr gegen Rassismus zu erwarten, wenn sich nicht doch noch Widerstand formiert. •

Wahlfälschung beim Kieler Ausländerbeirat?

Interview mit Jahangir Khalaj Hedayati, Vertreter der Demokratischen Liste im Kieler Ausländerbeirat, der am 10.November 1996 erstmals in Kiel gewählt wurde. Wahlberechtigt waren rund 11.900 ausländische EinwohnerInnen Kiels, von denen knapp ein Viertel dem Wahlaufruf folgten.

ATZE: Jahangir, du arbeitest als gewählter Vertreter der Demokratischen Liste im Ausländerbeirat mit. Wie kam es dazu und wer hat sich in der Demokratischen Liste organisiert ?

JAHANGIR: Vor ca. 8 bis 9 Monaten erreichte uns von der Stadt Kiel der Vorschlag, einen Ausländerbeirat zu gründen. Es sollten verschiedene Listen aufgestellt werden, die sich dann zu einem Bündnis zusammenschließen. Mir persönlich wurde sowohl vom Iranischen Kulturverein als auch vom kurdischen Verein vorgeschlagen, in der Interessenvertretung der AusländerInnen mitzuarbeiten. Wir waren der Meinung, daß man zusammenarbeiten muß und organisierten ein Treffen zwischen beiden Vereinen. Der Iranische Kulturverein war in seinem Programm sehr iranisch ausgerichtet, also eher national orientiert. Es gab viele Diskussionen, aber letztlich zeigte sich der iranische Kulturverein ein-

verstanden mit dem Programmentwurf des Kurdischen Vereins. Ich denke aber vor allem aus dem Grund, weil man keine oder schlechte Gegenargumente hatte. Konflikte gab es dann aber um die Besetzung der Kandidatenliste für die Wahl des Ausländerbeirats. Daraufhin wollten sich die Leute vom Iranischen Kulturverein nicht mehr beteiligen und zogen sich ganz heraus. Für die Kandidatenliste blieben jetzt der erste Vorsitzende des Alevitischen Kulturvereins für den ersten Listenplatz, ein Vertreter der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft für den zweiten Platz und ich für den dritten Platz. Die restlichen drei Listenplätze der Demokratischen Liste wurden von Leuten aus dem Kurdischen Verein besetzt. Unser gemeinsames Programm haben wir dann in persischer, türkischer und deutscher Sprache in der ganzen Stadt verteilt.

ATZE: Von euch wurde die Wahl ja noch am Wahlabend angefochten und der Vorwurf der Wahlfälschung durch das Türkisch-Islamische-Bündnis erhoben. Was waren die Gründe dafür und was ist inzwischen daraus geworden ?

JAHANGIR: Am 10. November ,96, also am Wahltag, haben wir, Vertreter der Demokratischen Liste, ständig alle vier Wahllokale besucht und beobachtet - wir sind immer da gewesen. Außer in dem Wahllokal in der Stadtbücherei war es überall sehr schlimm. Wir mußten feststellen, daß das Türkisch-Islamische-Bündnis die Wahlen sehr gut ausgenutzt hatte. Sie waren in allen Wahlvorständen vertreten. In Ellerbek und Gaarden hatten sie es geschafft, den gesamten Wahlvorstand zu stellen. So konnten sie machen was sie wollten. Wir selbst haben erst am Wahltag erfahren, daß wir mehr VertreterInnen von uns und der Internationalen Liste in die Wahlvorstände hätten wählen können, wir waren darüber jedoch im Vorfeld viel zu wenig informiert.

ATZE: Wie fiel das Wahlergebnis denn genau aus ?

JAHANGIR: Das Türkisch-Islamische-Bündnis hat die meisten Stimmen bekommen und ist jetzt mit dreizehn Leuten im Ausländerbeirat vertreten. Die Demokratische Liste und die Internationale Liste sind mit jeweils drei VetreterInnen dabei.

ATZE: Und weshalb habt Ihr die Wahl angefochten?

JAHANGIR: Erdal Aslan vom Kurdischen Verein forderte noch am Wahlabend die Anfechtung der Wahl wegen Wahlfälschung und -betrugs, Vorfälle, die wir selber beobachtet hatten. Zum Beispiel in Ellerbek. Eine der Vorschriften für die Wahl war, daß in jedem Wahllokal mindestens ein(e) Deutsche(r) anwesend sein sollte, um den Ablauf der Wahlen zu beobachten. Als wir in das Ellerbeker Wahllokal kamen, war dort kein Deutscher, der für das Wahllokal zuständig gewesen wäre. Als wir uns danach erkundigten, erhielten wir erst eine Antwort, nachdem wir sagten, daß wir selber Kandidaten seien und die Wahl hier beobachten würden. Außerdem hätten sie sowieso die Mehrheit, so ein Mitglied des Türkisch-Islamischen-Bündnis. Ich akzeptiere ihre Mehrheit ja, aber dazu müssen sie zuverlässig sein und Aufrichtigkeit beweisen. Nach einer Weile kamen sie dann mit einem deutschen Wahlbeobachter an, der „nur auf der Toilette gewesen" sei.

In der Zwischenzeit beobachteten wir, wie eine Frau aus dem Wahlvorstand (Türkisch-Islamisches-Bündnis) auf einen Mann zuging und ihm auf türkisch sagte, was er ankreuzen solle. Der Mann nahm dann einen dicken schwarzen Stift und kreuzte das Türkisch-Islamische Bündnis an.

In Gaarden war es allerdings noch schlimmer. Als wir dort dann protestierten, wurde das Wahllokal für 10 Minuten geschlossen und die türkischen Leute vom Wahlvorstand waren total aufgeregt, weil sie verstanden, was wir alles mitbekommen haben. Hier war es so, daß 5 Personen gleichzeitig in eine Wahlkabine gingen...Als der Wahlbeobachter der Internationalen Liste, ein Afrikaner, zu ihnen sagte, daß sie das so nicht machen könnten, bekam er zu hören: "Was sagst du, du Schweine-Neger ?"

Ich habe dann irgendwann vorgeschlagen, daß unser Protest jetzt nicht viel nutzen würde und da sowieso nur noch zwei Stunden Zeit blieben, bis die Wahllokale geschlossen würden und wir es deshalb einfach so weiter laufen lassen sollten.

ATZE: Wie seid ihr dann weiter vorgegangen?

JAHANGIR: Wir haben unsere Beobachtungen aufgeschrieben und beim Wahlausschuß Beschwerde eingelegt. Da wir aber nicht im Wahlausschuß vertreten waren, hatten wir dort kein Rede- und natürlich auch kein Stimmrecht. Der Wahlausschuß setzte sich zusammen aus vier Leuten vom Türkisch-Islamischen-Bündnis, zwei Leuten von der Internationalen Liste und einem Beamten der Stadt Kiel. Der Wahlausschuß entschied sich trotz unserer Beschwerden für die Anerkennung der Wahl. Lediglich eine Vertreterin der Internationalen Liste sprach sich dagegen aus. Als sie aber merkte, daß diese Beschwerde nicht viel bringen würde, stimmte auch sie dem Wahlergebnis zu. Es ist v.a eine politische Entscheidung gewesen. Wäre die Wahl angefochten worden, wäre der Ausländerbeirat nicht zustande gekommen.

Die Satzung des Ausländerbeirats wurde von der Stadt vorgeschrieben und man hatte uns im Unklaren über unsere Rechte und Pflichten gelassen. Man teilte uns mit, daß nicht sicher sei, ob die Wahl bei einer Anfechtung überhaupt wiederholt werden würde. Da dachten wir, o.k., dann lassen wir es lieber, zumal sich an dem Wahlergebnis bei einer Neuwahl

wahrscheinlich nicht sehr viel geändert hätte. Aber es war auch eine Frage des Geldes. Der deutsche Vorsitzende des Wahlausschusses und die Ausländerreferentin Frau Rothenburg-Unz sagten uns, daß die Wahl der Stadt Kiel 35.000 DM gekostet habe und man sie schon deshalb nicht einfach wiederholen könne.

ATZE: Der Ausländerbeirat ist ja jetzt zustandegekommen. Haben Eure Vorwürfe denn überhaupt irgendwelche Folgen gehabt oder interessiert sich da niemand mehr für ?

JAHANGIR: Wir haben für Ende Februar eine Einladung zur Ratsversammlung bekommen, wo wir nochmal unsere Gründe für die Wahlanfechtung benennen sollen. Denn nicht der Wahlausschuß ist dafür zuständig, sondern die Stadt Kiel muß über eine Anerkennung der Wahl entscheiden. Ich glaube aber nicht, daß sie die Wahl wiederholen werden. Uns geht es aber dennoch um's Prinzip, nämlich daß das Türkisch-Islamische-Bündnis eben nicht einfach machen kann, was es will.

ATZE: Wie hat sich das Bündnis denn zu den Vorwürfen geäußert ?

JAHANGIR: Orhan Cerrah vom Bündnis hat sogar zugegeben, daß es Unregelmäßigkeiten bei der Wahl gegeben hat. Aber er argumentierte damit, daß es die erste Wahl gewesen sei und die Leute , die hier z.T. schon seit 30 Jahren leben und noch nie wählen durften, nicht Bescheid wußten, wie so eine Wahl eigentlich ablaufen müßte. Orhan Cerrah ist übrigens Vorsitzender des Ausländerbeirats.

ATZE: Wie sieht denn die konkrete Arbeit des Ausländerbeirates aus, d.h. zu welchen Themen arbeitet ihr gerade ?

JAHANGIR: Der Ausländerbeirat hat sich in 7 verschiedene Arbeitsgruppen aufgeteilt. In der ersten AG ist nur das Türkisch-Islamische-Bündnis vertreten. Sie fordern die Errichtung eines islamischen Friedhofs in Kiel. Die zweite AG, in der alle drei Listen vertreten sind, will Kontakte zu den Asylbewerberheimen herstellen und will eine Interessenvertretung für AsylbewerberInnen aufbauen.

Alle drei im Ausländerbeirat vertretenen Listen setzen sich außerdem für den Aufbau eines Internationalen Informationszentrums ein, das allen AusländerInnen in Kiel Hilfestellung leisten soll, Auskünfte bietet, bei Behördengängen behilflich ist usw. So ein Zentrum fehlt bislang ganz und gar. Desweiteren beschäftigt sich eine AG der Demokratischen Liste mit der Einführung von effektiveren Sprachkursen für AusländerInnen. Denn das bisherige Angebot ist unzureichend und oft viel zu teuer und wenig nützlich. Das ist von den Behörden natürlich auch so gewollt, denn wer sich nicht verständigen kann, kann sich auch nicht wehren. Dann wollen wir uns für eine bessere finanzielle Unterstützung von ausländischen Vereinen durch die Stadt Kiel einsetzen.

Eine weitere AG des Türkisch-Islamischen-Bündnis will für eine multikulturelle Erziehung in Schulen und Kindergärten werben. In der Tat geht es ihnen aber darum, daß die Erziehung zu wenig islamisch orientiert ist. Bei multikultureller Erziehung denken sie nämlich nur an eine auf die islamische Kultur bezogene Erziehung. Die letze AG arbeitet an einer neuen, verbesserten Satzung für den Ausländerbeirat. Die bisherige Satzung wurde von der Stadt vorgegeben und uns sind dadurch die Hände gebunden, weil wir nichts alleine entscheiden oder tun dürfen. Ein Beispiel sind die Protokolle unserer Sitzungen. Die dürfen wir nicht selber schreiben - die müssen von einer Person vom Ausländerreferat geschrieben werden. Aber wir kämpfen für unsere Satzung. Wir können immer nur Anträge stellen und die Stadt muß dann darüber entscheiden.

ATZE: Das klingt irgendwie nach einer Alibigeschichte der Stadt, dieser Ausländerbeirat ...?!

JAHANGIR: Ja, die Wahl des Ausländerbeirats ist eine Scheindemokratie, wir haben keinerlei Macht, keine Selbstverwaltung. Wir von der Demokratischen Liste haben auch nur mitgemacht, damit die Interessenvertretung für AusländerInnen nicht alleine in den Händen des Türkisch-Islamischen-Bündnis liegt. Einfach um da zu sein, die Sache zu begrenzen und im Rahmen unserer Möglichkeiten zu protestieren. Meiner Meinung nach geht es der Stadt um eine Profilierungsmöglichkeit für das von der EU ausgerufene „Jahr gegen Rassismus", man will sich eben ausländerfreundlich darstellen. Außerdem sind bei der nächsten Kommunalwahl 1998 erstmals EU-AusländerInnen zur Wahl zugelassen und da ist das hier doch ein guter Test.

ATZE: Noch eine letzte Frage: Glaubst du, daß die verschiedenen im Ausländerbeirat vertretenen Gruppen einigermaßen erfolgreich zusammenarbeiten können ?

JAHANGIR: Bisher hat es relativ gut funktioniert, z.B. in der Frage der neu eingeführten Visumspflicht für ausländische Kinder. Da haben wir mit dem Türkisch-Islamischen Bündnis ganz gut zusammengearbeitet. Wir wollten auch eine gemeinsame Protestaktion dazu machen. Aber dann ist dieser rassistische Mord passiert (siehe Artikel dazu in dieser Ausgabe) und jetzt scheint das nicht mehr machbar. Wir haben uns seit dem Mord nicht wieder gesehen, aber ich glaube, jetzt ist erstmal alles geplatzt , aber wir werden sehen ...

ATZE: Vielen Dank für das offene Gespräch und dennoch viel Erfolg bei Eurer Arbeit !

Offensiv versuchen derzeit FaschistInnen in der Bundesrepublik - allen voran die NPD und ihre Jugendorganisation JN - Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise zur Gewinnung von Anhang auszunutzen. In Frankreich, wo der Front National von Jean-Marie Le Pen vor kurzem in einer vierten Stadt die Regierungsmacht übernommen hat, ist dieser Prozeß bereits weit vorangeschritten. Der folgende Beitrag von der französischen Antifa-Zeitschrift Reflex gibt eine aktuelle Einschätzung der Lage.

SOZIALE FRAGE VON RECHTS ?!

Die letzten Monate des Jahres 1996 waren von einer erneuten Offensive des *Front National* gekennzeichnet. Mit der Rede von der sog. „Ungleichheit der Rassen" durch den Parteivorsitzenden Jean-Marie Le Pen im August und September hat der FN sich fortlaufend auf soziale Fragestellungen konzentriert, die sie für viele Jahre vernachlässigt hatte.

Traditionell und besonders seit dem Krieg war es der extremen Rechten nicht gelungen, Unterstützung aus der ArbeiterInnenklasse zu gewinnen - außer bei Kleinhändlern und Ladenbesitzern, die die soziale Basis der Poujadisten-Bewegung in den 50er Jahren waren. Die Poujadisten markierten den Nachkriegsaufstieg der extremen Rechten, und als Mitglied dieser Bewegung machte Le Pen seine ersten Erfahrungen in der Politik.

Die Abstinenz der extremen Rechten bei sozialen Fragestellungen kann teilweise durch die Stärke der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung und teilweise durch das Vorhandensein von Unterstützung für den traditionellen konservativen Gaullismus bei arbeitenden Leuten erklärt werden. Der Gaullismus sammelte die rechten Strömungen der ArbeiterInnenklasse und faßte sie in der Gewerkschaft des Kalten Krieges, der Force Ouvrière, zusammen, die sich 1947 von der kommunistischen Gewerkschaftsföderation CGT abspaltete.

Die Schwächung der Force Ouvrière in den letzten Jahren ist zum Teil Ausdruck des Niedergangs des Gaullismus bei arbeitenden Leuten. An seiner Stelle hat ein deutlich nationalistisches Element Platz gegriffen - eine Entwicklung, die die FN nun zum eigenen Nutzen aufgreifen will.

Der Mechanismus für dieses Eingreifen ist die Schaffung von eigenen Gewerkschaftsstrukturen, die direkt der Partei zu- und untergeordnet sind, wie z.B. FN-Polizei, FN-Gefängnisse, FN-Verkehrsbetriebe Paris usw. Diese Kernpunkte für das Eingreifen der FN sind bewußt gewählt, so daß die Partei dort Propaganda zu ihren Hauptthemen Rassismus sowie Ruhe und Ordnung machen kann.

Ein weiterer Aspekt der FN-Sozialpolitik ist die plötzliche Besorgnis um das Schicksal der Obdachlosen. Im Dezember gründete die Partei ein landesweites Zentrum für Französische Brüderlichkeit (Fraternité Francaise), das an der Spitze der Parteiarbeit mit jenen stehen soll, die am meisten von den ökonomischen Problemen betroffen sind. Fraternité Francaise, das sich an Hitlers *Winterhilfe* orientiert, arbeitet nach dem FN-Grundsatz *Franzosen zuerst* und obdachlose und verarmte MigrantInnen bleiben unberücksichtigt.

Die FN unterhält weiterhin die im November eröffnete Suppenküche am St. Lazare Bahnhof und läßt diese von schwerbewaffneten Gruppen ihrer Jugendorganisation FN Jeunesse bewachen. Weder humanitäre noch antifaschistische Gruppen konnten es bisher stoppen. Sie wollen sich der FN nicht physisch entgegenstellen; politische Alternativen wurden auch nicht aufgeboten. Auch wenn diese Suppenküche ein einzelnes Ereignis ist, das nicht von ähnlichen Einrichtungen in anderen Städten begleitet wird, verdeutlicht sie doch die Besetzung von Straßen in Zentralparis durch eine Partei, die sich dort nur bei landesweiten Veranstaltungen gezeigt hat.

Der politisch bedeutendste Aspekt der FN-Sozialpolitik ist die Tatsache, daß die Organisation zunehmend zum vereinheitlichenden Faktor von Faschismus und Neonazismus

Die FN unterhält weiterhin die im November eröffnete Suppenküche am St. Lazare Bahnhof und läßt diese von schwerbewaffneten Gruppen ihrer Jugendorganisation FN Jeunesse bewachen.

in Frankreich wird, indem auch sektiererische Splittergruppen in ihr aufgehen. Die faschistische Groupe Union Défense (GUD), eine militante Studentengruppe, ist von der Renouveau Ètudiante geschluckt worden, der FN-eigenen Studentengruppe. Obwohl der FN Disziplin unterworfen, darf die GUD weiterhin auch eigene Aktivitäten durchführen. Hierzu gehört etwas das Plakatieren von antisemitischen Plakaten an den zentralen Ausfallstraßen von Paris oder die Entsendung von Schlägertrupps zu anderen Campus. Schlägereien mit Faschisten an der Pariser Sorbonne und auf dem Tolbiac Campus gehören der Vergangenheit an, denn wer die FN-Vorherrschaft nicht akzeptiert hat wenig Möfglichkeiten, sich selbst zu organisieren.

Ein anderer Fall ist die schnelle Integration der faschistischen national-revolutionären Bewegung in die Strukturen der FN trotz der noch vor wenigen Jahren erkennbaren Distanz. Dieser tiefe Unterschied war bis 1991 unübersehbar, als die damalige Organisation Dritter Weg seinen Gebneralsekretär Jean-Gilles Malliarakis feuerte und sich in die nun verschwindenden Autonome Basisgruppen und Nouvelle Resistance (NR) spaltete. Diese Bruch entstand, weil die national-revolutionären Puristen sich Malliarakis widersetzten, von dem sie annahmen, er wolle die Gruppe der FN zuführen, die die Nationalrevolutionäre als reaktionär bezeichneten.

NR orientierte sich damals mehr in Richtung Nationalbolschewismus und berief sich auf Theoretiker wie Jean Thiriart und beschimpfte die FN als Lackeiin des Systems. Das hat sich nun geändert. NR ist zur extremen Rechten zurückgekehrt und hat ein Übereinkommen mit der FN getroffen, so daß beispielsweise der NR-Aktivist André Yves Beck in der FN-regierten Gemeinde Orange Rundfunkdirektor geworden ist. Außerdem nimmt die NR an FN-Demonstrationen teil, und Fabrice Robert, Anführer der Skinhead-Band Fraction Hexagon ist in eine besondere Position für die FN-Jugend berufen worden.



Die Spaltung der NR im Sommer ging um das Verhältnis zur FN. Christian Bouchet, Sekretär der NR, hat eine grundlegende Orientierung zugunsten national-revolutuionärer Politik innerhalb der FN vorgeschlagen, und selbst wenn die NR weiterhin existieren, so werden sie eine Strömung in Le Pens wesentlich breiterer Organisation sein.

Die Ausnahmen im gegenwärtigen Vereinigungsprozeß sind die altfaschistische Gruppe L'Oeuvre Francaise und die selbsternannten Nazis der Parti Nationaliste Francaise et Européenne (PNFE). Diese Gruppen sind klein und schwach und - wie im Fall der PNFE mit der Schändung von jüdischen Gräbern in Carpentras verbunden. Keine dieser Gruppen hatte je zahlenmäßige Bedeutung im nationalen Lager und ihre fortgesetzte lethargische Existenz wird nur dazu führen, daß einige ihrer älteren Aktivisten Unterschlupf bei der FN finden werden. L'Oeuvre Francaise hat bereits seinen Aktivisten doppelte Mitgliedschaft mit der FN gestattet, um zu verhindern, daß die Gruppe langsam ausblutet.

Seit 1986 vergibt der Hamburger Senat einen Preis für Stadtentwicklung und Umweltschutz: die Alfred-Toepfer-Medaille, genannt nach dem ersten Preisträger, dem Hamburger Getreidekaufmann und Multimillionär Alfred C. Toepfer (1894-1993). zuletzt erhielten am 20. Dezember 1996 Michael Otto, Otto-Versand, und Uwe Schneider, Verein „Jordsand", die Auszeichnung. Inzwischen ist der 1993 verstorbene Stiftungsgründer, der auch in Schleswig-Holstein über große Ländereien verfügte, erneut in die öffentliche Kritik geraten.

Hamburger Senat ehrt völkischen Großkapitalisten

Mit dem Medaillen-Namen ehrt der Senat einen Menschen, den der frühere Präfekt der elsässischen Departments Haut-Rhin und Bas-Rhin, René Paira, wie folgt charakterisiert: „Toepfer war immer ein überzeugter Pangermanist und aktiver Agent des ‚Verein für das Deutschtum im Ausland'." Anfang der 30 Jahre hat Toepfer - so französische Wissenschaftler und Journalisten - deutschorientierte Kräfte in Elsaß-Lothringen gefördert, später - während der Nazi-Besatzung - über seine Stiftungen elsässische Nazis und Separatisten und die „Pan-Germanisierung des Elsaß" unterstützt. Auch an der Zwangsrekrutierung der Elsässer für die Wehrmacht war er beteiligt. Bis heute verfolgt die von Toepfer 1931 gegründete F.V.S.-Stiftung unter dem Deckmantel „europäische Einigung" und „deutsch-französische Freundschaft" eine völkische Politik und setzt sich für pangermanische Ziele ein. Als die F.V.S.-Stiftung im Oktober letzten Jahres an der Universität Strabourg ihren *Straßburg-Preis* 1996 an den CDU-Politiker Klepsch übergab, kam es zu Protestaktionen von Studierenden, SchülerInnen und ProfessorInnen. Inzwischen haben erst die Stadt Strasbourg, dann im Dezember die Universität (die jahrzehntelang bei der Verleihung verschiedener Preise mit der F.V.S. kooperierte) ihre Zusammenarbeit mit der Stiftung beendet.

Schon in jungen Jahren unterstützt Toepfer jugendbündische und völkische Aktivitäten, vor allem die Förderung des „Grenz- und Auslandsdeutschtums" als politische Basis für die angestrebte künftige Großmacht Deutschlands. 1928 finanziert er z.B. Jugendherbergen im dänischen Nordschleswig und im oberösterreichischen Burgenland, die Begegnungen zwischen der dortigen Jugend und den jungen Deutschen aus dem Reich ermöglichen sollen zwecks Austausch „völkischer Gemeinsamkeiten". Die F.V.S.-Stiftung (steht bis 1945 für Freiherr-v.-Stein-, danach für Friedrich-v.-Schiller-Stiftung) wurde 1931 hauptsächlich dazu gegründet, um diesbezügliche Aktivitäten zu bündeln. Vorsitzende waren in den 30er Jahren Adolf Rein, Rektor der Nazis an der Universität Hamburg, und Konrad Henlein, Reichsstatthalter „Sudetendeutschlands" - beide persönliche Freunde von Toepfer.

In den folgenden Jahren stiftet Toepfer einen Preis nach dem anderen, die alle nur einen Zweck haben: die Förderung „volksdeutscher" oder mit dem Reich sympathisierender ethnischer Minderheiten, vornehmlich an den deutschen Außengrenzen. So vergab die Toepfer-Stiftung „Johann Wolfgang v. Goethe" 1935 an der Universität Innsbruck den *Wolfgang-Amadeus-Mozart-Preis*, um den Anschluß Österreichs zu fördern.

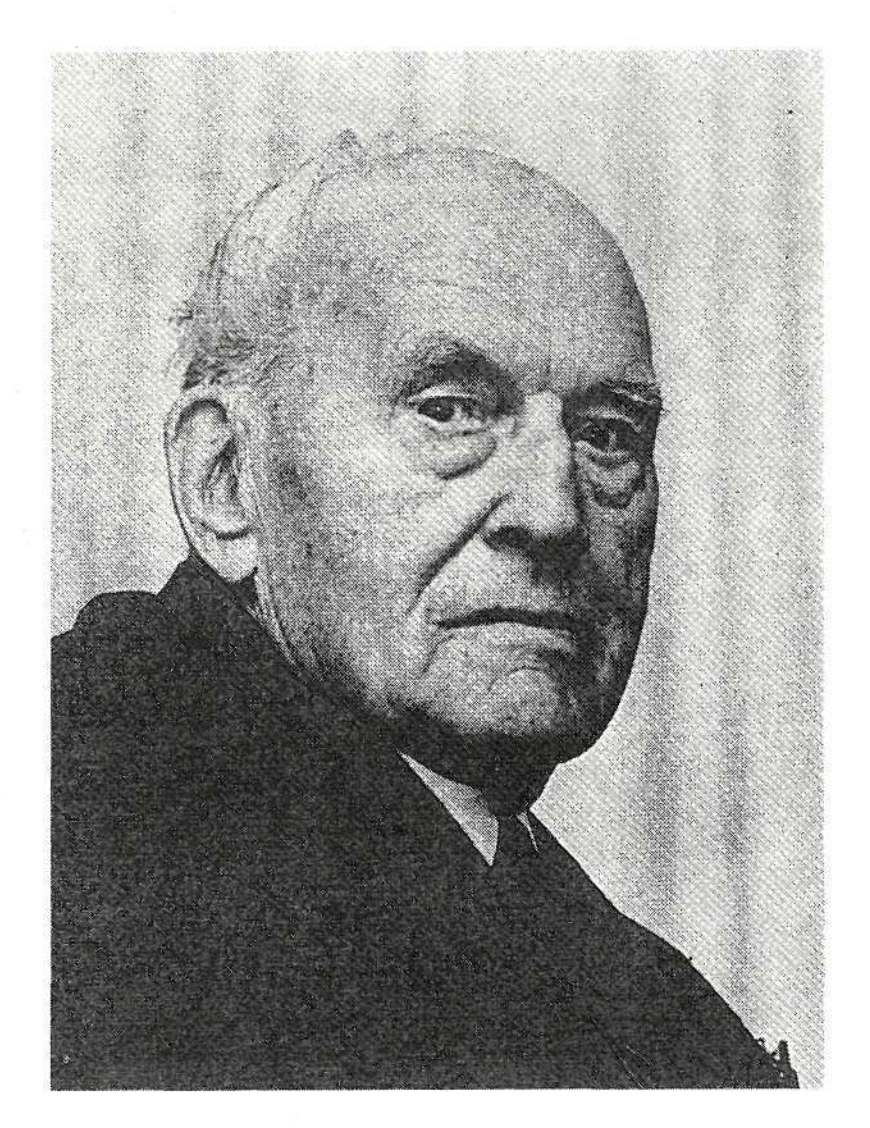
1938 wurde an der Universität Königsberg der *Johann-Gottfried-Herder-Preis* ins Leben gerufen zur Förderung der Gebiete Danzig, Ostpreußen und des „Deutschtums" in der Sowjetunion und den baltischen Staaten, wogegen der *Joseph-Freiherr-von-Eichendorff-Preis* für das „Deutschtum" in der Tschechoslowakei, der *Prinz-Eugen-von-Savoyen-Preis* für die Auslandsdeutschen in Südeuropa und der *Nikolaus-Coppernicus-Preis* für Polen zuständig waren.

Auch innenpolitisch war Toepfer aktiv. Bis Mitte 1939 fanden z.B. auf seinem Gutshof in Thansen in der Lüneburger Heide die „Niederdeutschen Studienlager des Germanischen Seminars" statt. Studenten und Dozenten wurden dort ideologisch, politisch und „wehrsportmäßig" auf ihre Führungsrolle in der

„Volksgemeinschaft" vorbereitet. Für diverse ähnliche „Wissenschaftslager" stellte Toepfer seine Jugendherbergen, Schlösser und Bauernhöfe zur Verfügung. 1935 gründete er an der Hamburger Universität die *Hansische Stiftung für geistiges Schaffen* (später: *für Literatur und Kunst*), um zur kultur- und „volkstumspolitischen" Förderung des „alten hansischen Raums" beizutragen. Präsident dieser Stiftung war ab 1940 Adolf Rein. Bei all diesen und künftigen Aktivitäten scheute Toepfer wie kaum ein anderer die Öffentlichkeit.

Es versteht sich von selbst, daß diese Anstrengungen für die „Volksgemeinschaft" belohnt wurden. Die Getreidehandelsfirma Alfred C. Toepfer boomte und expandierte in den 30er Jahren, insbesondere auf den west- und nordeuropäischen Märkten. Vor allem aber bereicherte sich Toepfer an der Plünderung Polens, Frankreichs und der Tschechoslowakei. Daß Toepfer 1937 verhaftet wurde, weist ihn nicht als Gegner der Nationalsozialisten aus, war aber für die spätere Konstruierung seines Widerstandsmythos nützlich. Er war in die Machtkämpfe der NS-Führungsspitze geraten, außerdem wurden ihm schwere Verstöße gegen die Devisenbestimmungen vorgeworfen. Bereits 1938 gehörte er als „ungenannter hansischer Kaufmann" wieder zur politischen Machtelite des „Mustergaus Hamburg". 1939 meldete er sich freiwillig zur Wehrmacht. Über die Verantwortung Toepfers für Massenvertreibung und Völkermord schreibt Karl-Heinz Roth in seinem Aufsatz „Ein Stifter als Brandstifter": „Mit seinen Stiftungsaktivitäten reihte sich Alfred C. Toepfer in eine hanseatische Expansionspolitik ein, die von wirtschaftswissenschaftlichen Studien zur ‚Produktivierung' der jüdischen Großghettos auf polnischem Boden über die Teilnahme Hamburger Großunternehmer an den baltischen Wirtschaftsstäben der SS bis zur Reprivatisierung der Treuhandbetriebe des Wirtschaftsstabes Ost in der Ukraine reichte. Als die ‚besetzten Ostgebiete' ab Herbst 1943 verlorengingen, sorgte Toepfer für einen rechtzeitigen Kurswechsel... (Er) vertrat ab Februar 1944 zusammen mit dem Tabakindustriellen Philipp F. Reemtsma die Hamburger Interessen im ‚Europakreis' des Speerschen Rüstungsministeriums, in dem ein exklusiver Zirkel von Wirtschaftskapitänen auf einen ‚atlantischen' Separatfrieden mit den Westalliierten zuarbeitet."

Stiftungsgründer: der Pamgermanist Alfred Toepfer



Nach 1945 wird Toepfer von den Briten interniert. 1947 ist er wieder frei, liefert Getreide für die britische Besatzungszone und reorganisiert sein Stiftungsimperium. Weil die Sowjetunion seine Wühlarbeit in Osteuropa verhindert, wird die Westgrenze der BRD, insbesondere das Elsaß, Schwerpunkt seiner völkischen Aktivitäten. Bei guten Beziehungen zu westdeutschen Ministerien fördert Toepfer nunmehr ethnische Minderheiten in Europa. Das ist politisch weniger brisant als die Förderung „deutscher Volksgruppen" und dient - bis heute - dem gleichen Zweck: der Ausdehnung des deutschen Einfluß- und Machtbereichs. Mit einigem Erfolg versteht es Toepfer in den folgenden Jahrzehnten seine wirklichen Stiftungsziele und -tätigkeiten vor der Öffentlichkeit zu verstecken. In seinem Aufsatz „Protest gegen Verleihung der ‚Straßburg-Medaille'" beschreibt Bernhard Schmidt einen Teil dieser Aktivitäten: „So dient auch, fahren die Kritiker fort, der für die Förderung der deutsch-französischen Beziehungen ver-

liehene ,Prix Straßbourg' als ,Kulisse', die ganz andere Stiftungstätigkeiten und -preise verbirgt. Etwa den *Oberrheinischen Kulturpreis* oder den *Mozartpreis*, der an Österreicher, Südtiroler und Elsässer verliehen wird. Der *Mozartpreis* zeigt historische Kontinuität: Toepfers Stiftung verlieh ihn erstmals im Jahr 1935...an den österreichischen Nazi-Schriftsteller Ritter von Srbik. Der *Ossian-Preis* wird 1973 wieder zum Leben erweckt, ebenfalls mit nach außen hin veränderter Zielbestimmung - er gilt nunmehr den ,kulturellen Hervorbringungen von Minderheiten in Europa'."

Innenpolitisch unterstützt Toepfer in den 50er Jahren u.a. mit viel Geld und einer Gedenkmünze die wichtigste geschichts revisionistische Vereinigung, die vom Nazirektor und Präsidenten der „Hansischen-Stiftung" Adolf Rein gegründete *Ranke-Gesellschaft*. Rein war übrigens bis Ende der 60er Jahre im Vorstand der F.V.S.-Stiftung. Toepfer sorgte auch mit dafür, daß einschlägige Nazi und Volkstumkämpfer wie Hermann Aubin, Otto Brunner und Walter Kuhn nach 1945 am Historischen Seminar der Hamburger Universität lehren konnten. Begleitet werden diese und ähnliche Aktivitäten des „ungenannten" Kaufmanns mit außerordentlichen Erfolgen im Getreidehandel - zumindest bis 1979. Als Toepfer dann 95% seines Imperiums verkaufen muß, bleibt noch genug übrig. 1991/2 setzt die Alfred C. Toepfer Verwaltungs-GmbH 455. Mio. DM um, der Jahresüberschuß wird mit 1,6 Mio. DM angegeben. Als Toepfer 1993 stirbt, geht sein Vermögen auf die Stiftungen über. Allein das Gesamtvermögen der F.V.S.-Stiftung, juristische Alleinerbin der Verwaltungs-GmbH, wurde 1994 auf 200 Mio. DM geschätzt. Toepfer hat damit die völkischen Aktivitäten seiner Stiftungen über seinen Tod hinaus finanziell gesichert.

Sowohl zu Lebenszeiten als auch nach seinem Tod blieb Toepfer vor Kritik seitens der Hamburger Politiker und „Leistungsträger" verschont. Im Gegenteil: Er war u.a. Ehrenbürger Hamburgs und Ehrendoktor der Universität Hamburg. Als er stirbt, wird er mit Lobeshymnen überschüttet. Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt würdigte ihn in seinem Nachruf als „Antifaschisten" und „Patrioten mit zugleich klarer europäischer Gesinnung". Die Handelskammer nannte ihn einen Kaufmann, der „Unternehmertum mit der Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl" verband. Hamburgs Bürgermeister Voscherau lobte Toepfer als einen „der bedeutendsten Söhne" Hamburgs, einen „Diener am Volk, an Europa". Der CDU-Politiker Ole von Beust sprach von einem vorgelebten „Dreiklang: Vaterstadt, Vaterland, Europa". In den Medien wurden vor allem Toepfers Mäzentum und seine Aktivitäten im Umweltschutz gewürdigt.

(Lokalberichte Hamburg 4/1997)

BETR.: BUCHVORSTELLUNGEN

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben: auf dem Tisch liegen mehrere höchstinteressante Bücher und Buchbesprechungen, die leider in der aktuellen Ausgabe der ATZE keinen Platz mehr finden. Wir sind aktuell nicht in der Lage das Heft mit mehr als 40 Seiten erscheinen zu lassen. Daher müssen diese Besprechungen in den folgenden Nummern erscheinen. Trotzdem wollen wir Euch die Bücher zumindest kurz angeben, da es sich um aktuelle und spannende Veröffentlichungen handelt.

Handbuch des deutschen Rechtsextremismus, Elefanten Press, 68 DM
Die momentan wohl umfassendste Darstellung der „Szene".

Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, Herbert Schui, Ralf Ptak, S. Blankenburg, Knaur TB, 16,90 DM
Welche Wirtschaftsmodelle favorisiert die extreme Rechte? Ein Thema das bisher (zu?) sehr vernachlässigt wurde.

Francois Genoud - Ein Leben zwischen Hitler und Carlos, Karl Laske, Limmat Verlag, 39 DM
Francois Genoud der „Schwarze Bankier" - Verleger der Göbbelstagebücher und Unterstützer verschiedener Befreiungsbewegungen. Ein spannendes Portrait.

Unterstützt die Samstagsmütter

Die politische Situation in der Türkei spitzt sich zu. Die türkische Regierung bekämpft die Opposition mit allen Mitteln. Sie schreckt dabei bekanntlich auch vor Terror nicht zurück. Da werdenoppositionelle Zeitungen mit Bombenattentaten angegriffen, Menschen werden erschossen oder verschwinden einfach. Doch der Widerstand gegen den Staatsterror wird stärker. Wöchentlich demonstrieren in der Türkei die Mütter von Verschwundenen gegen diese menschenverachtende Praxis des Staatsterrorismus. Sie werden dafür angegriffen und bedroht, lassen sich aber nicht einschüchtern. Wir dokumentieren einen Aufruf des Kieler Arbeitskreis Dialog.

Die Mütter und die Angehörige der „Verschwundenen" versammeln sich seit Mai 1995 jeden Samstag um 12:00 Uhr vor dem Galatasaray Lyzeum in Istanbul, auch bei schlechtem Wetter, bei Schnee oder Regen, um die Öffentlichkeit auf ihre in Polizeigewahrsam verschwundenen Söhne und Töchter aufmerksam zu machen.

Aus allen Ecken des Landes kommen die Angehörigen nach Istanbul. Sie haben die Bilder ihrer vermißten Töchter oder Söhne, Frauen oder Männer dabei und fordern ihre von den Sicherheitskräften festgenommenen Angehörigen zurück. Sie werden fast jedes Mal von der Polizei angegriffen, verprügelt und verhaftet.

Die Anzahl der Vermißten nimmt mehr und mehr zu. Der türkische Menschenrechtsverein (IHD) weiß von über 300 Fällen in den letzten 2 Jahren allein in Istanbul. Die wirkliche Zahl ist nicht feststellbar, weil manche Angehörigen aus Furcht vor staatlichen Repressalien nichts sagen.

Viele der Mütter der durch den Staat verschleppten Menschen wissen wohl, daß sie ihre Kinder nie mehr sehen werden. Sie treffen sich trotzdem weiter jeden Samstag, um ihre Aktivitäten fortzuführen. Sie wollen dadurch verhindern, daß weitere Menschen im Polizeigewahrsam verschwinden und anderen Mütter das gleiche Leid widerfährt, das sie haben erfahren müssen.

Die „Samstagsmütter" sind mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille 1996 der Internationalen Liga für Menschenrechte ausgezeichnet worden. Bei der Preisübergabe in Berlin warf der frühere EU-Administrator für Mostar, Hans Koschnik, der Türkei in seiner Laudatio anhaltende massive Menschenrechtsverletzungen vor.

Die Türkei hat alle internationale Verträge unterzeichnet und hat sich dadurch verpflichtet, die Menschenrechte zu beachten und zu garantieren. Alle diese Verpflichtungen bleiben auf dem Papier und werden nicht in die Tat umgesetzt.

Jede und jeder, die die Staatspolitik und den Krieg gegen das kurdische Volk nicht kritiklos akzeptieren, können davon betroffen sein. Die selbstverständlichen demokratischen Rechte werden mit Füßen getreten und mit Mafia-Methoden unterdrückt.

Der Staat verachtet seine eigene Gesetze. Durch einen Autounfall in Susurluk, bei dem ein Abgeordneter verletzt wurde, ein Polizeichef und ein vom Staat gesuchter Mafiaboß starben, ist die mafiose Struktur des türkischen Staates bewiesen worden.

Die Türkei wird dafür nicht zur Rechenschaft gezogen. Sie bekommt sogar weiterhin volle wirtschaftliche, militärische und politische Hilfe aus den westlichen Ländern.

Wir fordern deshalb die deutsche Regierung auf, ihre Beziehung zur Türkei nicht auf wirtschaftliche Interessen, sondern auf humane Politik aufzubauen.

Wir rufen alle Menschen zur Unterstützung der „Samstagsmütter" auf. In Solidarität mit den „Samstagsmüttern" versammeln wir uns hier **in Kiel, in der Holstenstraße, jeden Samstag zwischen 11:00 und 13:00 Uhr.** Wir werden unsere Aktion bis zum 31.05.1997 durchführen.

Briefbombenserie internationaler Anti-Antifa

Am 18. 1. wurden bei einer Razzia der dänischen Polizei in Kopenhagen und dem Küstenort Nevaa 7 dänische Neonazis im Alter zwischen 20 und 26 Jahren festgenommen. Auf einen Hinweis des Britischen Scotland Yard an die dänischen Behörden hatte die dänische Polizei die Verdächtigen mehrere Tage lang beschattet. Im Verlauf dieser Beschattung wurde der dänische Neonazi Thomas Derry Nakaba im schwedischen Malmö dabei beobachtet, wie er drei Briefe, mit als Videokassetten getarnten Bomben, an Adressen in London verschickte. Nakaba ist für seine engen Kontakte zur englischen Nazigruppe Combat 18 bekannt. Bei seiner erst im Rahmen der Hausdurchsuchungen erfolgten Festnahme schoß Nakaba auf eine Polizisten und verletzte diesen schwer. Außer ihm wurden inzwischen alle Festgenommenen wieder freigelassen. Unter diesen befand sich auch der vierundzwanzigjährige in Brandenburg geborene Marcel Schilf. Dieser wohnt seit 1980 in Dänemark und hat beste Kontakte sowohl zu deutschen als auch zu englischen Neonazis. Zusammen mit Detlef Hartmann betreibt er den Musik- und Videovertrieb NS 88 (vergleiche unsere Broschüre Versorgungslinie Nord). Schilf wurde in der Vergangenheit schon mehrfach wegen des Besitzes und Fertigung von Sprengstoff und Bomben festgenommen.

Die Briefbombenserie ist ein neuer Höhepunkt der internationalen Anti-Antifa-Zusammenarbeit. Bereits im März 1995 hatte in Dänemark ein Kadertreffen europäischer Neonazis stattgefunden (wir berichteten in der Atze; vergleiche Atze Nr. 26 - Anti-Antifa veröffentlicht Todeslisten). An diesem beteiligten sich neben Gruppen aus Skandinavien auch englische, österreichische und wahrscheinlich auch deutsche Neonazis. In der britischen Delegation befand sich unter anderem Charlie Sargent, der mittlerweile abgesetzte Führer Terrorgruppe Combat 18, sowie deren jetziger Führer, William Browning sowie dessen zweiter Mann Darren Wells. Bei diesem Treffen ging es um die Koordination des Rudolph-Hess-Gedenkmarsches im August 1995, der im dänischen Roskilde stattfinden sollte, sowie um den Aufbau von internationalen „Anti-Antifa"-Strukturen. Ein Ergebnis dieses Treffen war die Publikation einer Zeitung, in der mehrere hundert Namen und Adressen von AntirassistInnen und AntifaschistInnen aus England und Skandinavien veröffentlicht und zu deren Ermordung aufgerufen wurde. Es ist davon auszugehen, daß schon bei diesem Treffen die Ausführung von Briefbombenanschlägen besprochen wurde. Im Jahre 1996 reisten erneut Kader von C 18 nach Dänemark. Dabei kam es unter anderem auch zu Treffen im Haus von Thomas Derry Nakaba. Während dieser Treffen wurde eine Todesliste mit mehreren Personen erstellt, auf der unter anderem der Name der olympischen Schwimmerin Sharon Davis stand, die mit einem schwarzen Ehemann verheiratet ist. In der am 18. Januar durchgeführten Razzia im Haus von Derry Nakaba und bei weiteren Durchsuchungen von Wohnungen in Kopenhagen wurden unter anderem 12 weitere Zünder sowie kleinere Mengen Plastiksprengstoff sichergestellt, die sich für den Bau von Briefbomben eigneten. Eine der drei vom schwedischen Geheimdienst in Malmö abgefangenen Briefbomben war an Sharon Davis adressiert. Eine weitere, in Großbritannien sichergestellte Briefbombe der selben Fertigung muß der Anschlagsserie hinzugerechnet werden. In einem Interview sprach ein dänischer Geheimdienstbeamter am 23. Januar davon, daß der Geheimdienst sogar von mindestens 10 abgeschickten Sprengsätzen ausgeht. Es wäre sicherlich im Sinne der Öffentlichkeit zu erfahren, wo die restlichen Bomben geblieben sind.

Im Gegensatz zu Dänemark wurden in Großbritannien bisher niemand wegen der Briefbomben festgenommen, obwohl die Beteiligung von C 18 Mitgliedern feststeht.

Pikant an der Angelegenheit ist, daß mindestens zwei der Bomben an konkurrierende Naziorganisationen adressiert waren. Hintergrund der geplanten Anschläge auf ihre „Kameraden" ist der momentan rabiat ausgetragene Kampf um die Vorherrschaft bei der Vermarktung von Nazimusik und Zubehör. Bei dieser Auseinandersetzung zwischen Combat 18 und ihren Verbündeten einerseits, und Blood and Honour und Nordland (Schweden) andererseits, geht es um enorme Geldbeträge. Diese Auseinandersetzungen haben inzwischen auch C 18 erfasst. Bei einer Schlägerei zwischen Mitgliedern dieser Gruppe wurde ein Mann getötet.

WIR MACHEN ´NE PARTY

FETEN FEIERN, WIE SIE FALLEN: 30 AUSGABEN IN 10 JAHREN SIND GRUND GENUG. GEMEINSAM MIT ANDEREN LINKEN KIELER ZEITUNGEN MACHEN WIR EINE GROSSE PARTY:

30 APRIL - HANSASTRASSE 48

AB 20 UHR

KURZFILME - SPECIAL EVENTS - ESSEN & TRINKEN - LIVE MUSIC - DJS - HIPHOP - DJUNGEL - ROCK & HOUSE

GANZ EINFACH:

TANZ IN DEN MAI

Getränkegutschein im Wert von DM 3.-
für die Fete am 30. April 1997
in der Hansastraße 48
ausschneiden +
mitbringen !